

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinlandgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 26. August 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Volksbankkonto: Berlin 375 26 - Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Dönhofsstraße 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Responsezeile 0,70 Goldmark, Restantworten 1.- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (zwei fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Streifenzeile das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark, eine Goldmark - ein Dollar gereicht durch 4,20. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Für Frieden und Demokratie!

Kampf gegen deutschnationale und kommunistische Demagogie im Reichstag.

Der erste Tag der parlamentarischen Feldschlacht ist vorbei. Man muß weit zurückgehen in der parlamentarischen Geschichte anderer Länder, um auf eine parlamentarische Entscheidung zu stoßen, die von gleicher Tragweite war wie die Entscheidung, die der Deutsche Reichstag fällen soll. Die Situation ist dramatisch zugespitzt: an der Entscheidung des Reichstags liegt seine eigene Existenz, hängt das Geschick der Wirtschaft und des Landes, hängen die Friedensaussichten und die Zukunft für Europa. Eine große und geschichtliche Entscheidung!

Der Kampf um diese Entscheidung wurde eingeleitet durch Herrn Hergt mit der Erklärung: „Ich möchte beinahe sagen: hier stehe ich, ich kann nicht anders!“ Könnte er es ehrlich ganz und nicht beinahe sagen, als ein ganzer Mann und Vertreter einer harten und ehrlichen Partei der Mächte der Vergangenheit, man könnte den ehrlichen Gegner grüßen in dem Augenblick, wo die Geschichte über ihn hinwegschreitet. Aber das ist nicht Wesen und Stellung der Deutschnationalen! Wesen und Stellung der Deutschnationalen, das ist das „Beinahe“ des Herrn Hergt, jenes Beinahe, das dafür Zeugnis ablegt, daß er nicht eine alte und tiefe Gesinnung bekannte, sondern daß er Gesinnung heuchelte, um dunkle und materielle Ziele zu verbergen, daß er geschichtliche Entscheidung trifft nicht aus Gesinnung und Bekennernut, sondern nach den Berechnungen eines niederen Interessentenhandels.

Er wollte es beinahe sagen, das: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Beinahe! Er kann also auch anders, und wahrhaftig, vielleicht hätte er ehrlicher gesprochen, wenn er, statt der Tiraden gegen das Ergebnis von London und die Unterhändler, zu begründen gehabt hätte, warum die Deutschnationalen dem Ergebnis von London zustimmten. Und vielleicht können er und seine Freunde am Ende doch noch anders, wenn ihnen Bürgerblock und Jollivortage mehr in der Nähe winken. Beinahe: das war der parteipolitische Inhalt der Rede von Hergt. Er sprach von Ablehnung, aber beinahe, noch nicht ganz! Dieses Beinahe kennzeichnet das Wesen der Deutschnationalen, der Konjunkturpartei, dessen Nationalismus den Willen verbürgt, die Mächte der Vergangenheit noch einmal zur Macht zu bringen, um noch einmal eine Politik der rückwärtsgerichtetsten Interessentenvertretung wie in früheren Zeiten betreiben zu können.

Die Rede von Hergt war ein Bankrott des Geistes und der Ehrlichkeit. Die Abrechnung mit der Partei des Beinahe folgte auf dem Fuße: die Rede Hilferdings. Dort die Haltung der Halbheit, des Schwankens, der Unehrlichkeit - hier die klare und ganze Verfechtung der zielbewußten Politik der Demokratie und des Friedens. Dort der Versuch, durch unwürdigen Handel die Mächte der Vergangenheit, des Unfriedens, der Unterdrückung noch einmal zu galvanisieren - hier das unbeirrte Vorwärtsschreiten auf dem Wege zu einer freien Zukunft. Hergt sprach von Idealismus, und meinte damit die materiellen Interessen der Agrarier, die Buhlschaft um Ministerische und Regierungsbeteiligung - aus der Rede von Hilferding klang der wahre unerschütterliche Idealismus, der Glaube an eine bessere Zukunft, die erkämpft werden muß durch Verteidigung und Ausbau der jungen Demokratie, der Trägerin des Friedens in Deutschland und in Europa. Hergt gebärdete sich als nationaler Oppositioneller - Hilferding aber sprach das treffende und vernichtende Urteil über ihn und seine Partei: der Nationalismus hat das Nationalbewußtsein erschlagen!

Die messerscharfe Beweisführung von Hilferding zerstückte die Demagogie von Hergt. Politisch und wirtschaftlich: die Haltung der Deutschnationalen unehrlich und eine Gefahr. Die Tendenzfrage wurde schonungslos aufgedeckt. In großen Zügen umriß Hilferding das Gesamtproblem. Die Frage der Lastenverteilung, die innerpolitischen Fragen traten hervor. Gegen die Kommunisten, die freiwilligen Bundesgenossen der Partei von Hergt, rechnete Hilferding mit derselben vornehmen Sachlichkeit, aber mit derselben Schärfe und Treffsicherheit ab.

Geschichtliche Entscheidung soll gefällt werden! Da gilt es, die Tatsachen herauszuarbeiten, den realpolitischen Zwang zu wägen, und doch die großen Ziele und Ideale der Weltentwicklung nicht aus dem Auge zu verlieren. Das war der Inhalt der Rede von Hilferding.

Wissen die Regierungsparteien, daß sie um eine weltgeschichtliche Entscheidung kämpfen, kämpfen müssen? Es klingt leise an in der Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Raas, laut und vernehmlich, in den Worten des Demokraten Erkelenz. Aber zu den Regierungsparteien gehört auch die Deutsche Volkspartei. Sie geht nicht mit auf dem

Wege, den die Geschichte in Europa eingeschlagen hat, auf dem Wege zu Demokratie und Verständigung, sie wird mitgeschleift, nicht wollend, sondern wider Willen. Und wenn sie kämpfen muß unter dem Zwange der Situation, so wird sie widerwillig und mit halbem Herzen kämpfen. Denn mit halbem Herzen ist sie bei der Partei des Beinahe, bei der Partei des Herrn Hergt. Herr Curtius, der Sprecher der Volkspartei, war bewegt und entsetzt bei dem Gedanken, daß seine Partei zum Kampfe gegen die Deutschnationalen gezwungen sein könnte. Er weiß nichts davon, daß eine große geschichtliche Entscheidung getroffen werden muß, und wenn er es wüßte, so würde er es verschweigen müssen. Denn diese Entscheidung fällt gegen die Halbheit auch seiner Partei, die sich wahrhaftig mehr als Partei der Vergangenheit, denn als Partei der neuen Zukunft fühlt.

Herr Wulle und Frau Ruth Fischer, der rechte und der linke Fuß, auf dem die Partei der Deutschnationalen steht mit ihrer Scheinnacht und ihren Ansprüchen. Hemmungslosste Demagogie von rechts und von links, auf deren Schultern die Deutschnationalen in den Bürgerblock steigen wollen, parlamentarische Erscheinungen, die zum guten Teil nur als Nachwirkungen der Inflationsverzerrung zu verstehen sind, und deren Stimmen bei der kommenden Entscheidung doch ins Gewicht fallen - für neue Inflation. Das kennzeichnet die schweren Bedingungen, unter denen der Kampf für Demokratie und Frieden durchgeführt werden muß. Ein treues, aber trauriges Abbild der politischen Zustände Deutschlands, diese Debatte, die sich vom Mittag bis in den späten Abend ausdehnte.

Es war halb neun geworden, als Herr Marx das Wort ergriff, um die Angriffe Hergts und Wulles zurückzuweisen. Die Tonart dieser zweiten Kanzlerrede war erheblich schärfer als die der ersten vom Sonnabend. Sei es, daß Herr Marx sich durch die Vorwürfe der Rechten gereizt fühlte, sei es, daß er die Hoffnung, die Herr Curtius auch noch am Grabe aufgezogen hatte - gleichviel, Herr Marx nahm kein Blatt mehr vor den Mund, wenn er der Rechten zurief, solange sie keinen besseren Weg zeige, verbitte er sich ihre Kritik. Wenn er Herrn Wulle den Schildknappen Poincarés nannte, das Handinhandarbeiten mit den Deutschnationalen feststellte, gab es regelmäßig einen Wortschach.

Es zeigte sich, daß die Völkischen über nicht geringere Stimmittel verfügen als die Kommunisten. Warum ward nicht auch hier ein Exempel statuiert, warum siog nicht Herr Ahlemann aus Krottschin Herrn Schwarz aus Lichtenberg nach? Schließlich gelang es dem Vizepräsidenten Nieher doch, mit etwas alttestamentarischem Palmöl die aufgeregten Wogen des völkischen Meeres zu glätten und dem Kanzler wieder Gehör zu verschaffen.

Der erklärte nun, hörbar für jeden, daß die Regierung bereit sei, am 30. August den Londoner Vertrag freiwillig zu unterzeichnen und daß sie hierbei die Unterstützung des Reichstags erwarte. Das ward allgemein so verstanden, daß die Regierung am 30. August auf alle Fälle unterzeichnen wird, auch wenn sie die Unterstützung dieses Reichstages nicht finden sollte. Die Situation spitzt sich dramatisch zu.

Nach dem Reichskanzler nahm Dr. Pfeleger das Wort, um das zustimmende Votum der Bayerischen Volkspartei zu begründen.

Herr Bredt erklärte sodann die Zustimmung der Wirtschaftspartei. Während seiner Rede sah man die beiden Oppositionsführer v. Graefe und Kah vor dem Tisch des Haules in angelegentlichem Gespräch, das später in den Restaurationsräumen noch angelegentlich fortgesetzt wurde. Schließlich mußte das erschöpfte Haus auch noch eine Rede des Knüppel-Kunze über sich ergehen lassen, der sich von seinem Abenteuer wieder erholt zu haben scheint. Um 11 Uhr abends war auch die Ranzade zu Ende. Dann kam es aber noch besser. Herr Wulle meldete sich zur Geschäftsordnung und trug mit gerötetem Gesicht und alkoholischem beeinflusster Stimme den Antrag vor, die Rede der Reichskanzlers aus der Montagsstunde öffentlich anzuschlagen. Vizepräsident Nieher erklärte, diesen Antrag nicht ernst nehmen zu können und damit war auch dieser Zwischenfall erledigt. Ueber einen Antrag Swan Kah, die schon im Auswärtigen Ausschuss durchberatenen Gesetze nochmals einer Ausschußberatung zu unterwerfen, kam es

nicht zur Abstimmung, da das Haus um 11:15 Uhr nach elfstündiger Sitzung beschlußunfähig war. Nächste Sitzung heute 11 Uhr vormittag.

In Fortführung der Debatte kam nach Wulle zunächst zu Wort Abg. Erkelenz (Dem.): Niemand ist so international wie die Nationalisten; denn die blutige Internationale besteht nur dadurch, daß ihre Leute haben und drüber sich so gut in die Hände arbeiten. (Zuruf rechts: Wer hebt denn? Sie doch bei Ihrer Verfassungsfeier in Weimar!) Gewiß bejodigt uns das Abkommen nicht, aber es handelt sich eben nur um einen Zwangsvergleich, der uns durch die geschichtliche Lage Deutschlands, durch den verlorenen Krieg ausgezwungen worden ist. Die Ruhrbesetzung ist weder rechtlich noch moralisch haltbar, sie darf nicht als eine Ruine in dem neuen Land der Verständigung und des Vertrauens stehen bleiben, wo sie nur provozierend wirkt.

Hilferding hat im Kriege vom U-Bootkrieg gesagt: „Wenn diese Karte nicht fliegt, ist Deutschland auf Jahrhunderte verloren!“ (Unruhe b. d. Dnat.) Von diesem Gesichtspunkt muß der praktische Politiker die Londoner Abmachungen beurteilen. Der Redner vergleicht den verzweifelteren Zustand vom November 1923 mit dem heutigen und erklärt, man sei der Reichsregierung zum Dank verpflichtet, daß sie die Aussichten so sehr verbessert habe. (Beifall i. d. Mitte.) Der Einfluß der amerikanischen Bankiers sei nur eine Folge des Krieges, also dürften sich gerade die Kriegsheber heute nicht über diesen Einfluß beschweren. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Herr Hergt habe heute die besetzten Gebiete preisgegeben zugunsten der Junker ins Osten und Norden. Herr Hergt, der die Bereitwilligkeit des Auslandes zu neuen Verhandlungen prophezeit, hat sich immer als schlechter Prophet erwiesen. Jeder hat die Außenpolitik der letzten Jahre Deutschland ganz im Sinne Poincarés in eine Fesselung hineinmondiert, die nun hoffentlich mit London ihr Ende gefunden hat. Das zeigt sich auch in der Haltung der deutschen Regierung zum Internationalen Arbeitsamt in Genf. Als der deutsche Arbeitsminister einmal nach Genf fuhr, mußte er vor der Adresse in Berlin schwören, daß er ja nicht die Internationale Arbeitskonferenz besuche. Wir wünschen eine klarere Stellung der Regierung zum Völkerbund und zur Abrüstungsfrage im Sinne der Denkschrift von Schäding und Montgas. Das Londoner Abkommen betrifft uns nicht, aber wir betrachten es als eine wichtige Clappe auf dem Wege zu einer besseren Zukunft. Neben diesen Reparationsabkommen brauchen wir nun ein zweites Reparationsabkommen zwischen den deutschen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. (Beifall b. d. Dem.)

Reichskanzler Marx:

Der Abg. Hergt hat Angriffe gegen die Person des Herrn Reichspräsidenten gerichtet, die ich aufs tiefste bedauere. Man kann aus den Ausführungen Hergts den Schluß ziehen, er habe dem Reichspräsidenten vorgeworfen, daß er bei seinen Maßnahmen und Entscheidungen sich nicht lediglich von sachlichen, sondern von tatsächlichen und parteipolitischen Gründen leiten lasse. Dagegen muß ich den allerhöchsten Protest erheben. Es wird niemandem gelingen, für diese unwahre Behauptung einen Beweis zu erbringen. Der Herr Reichspräsident hat sich, wie ich aus meiner viele Monate langen Tätigkeit mit ihm zusammen glaube bezeugen zu können, durchaus von sachlichen Gesichtspunkten bei seinen Maßnahmen leiten lassen. Gerade die Partei, die so gern für die Autorität des Staates eintritt, sollte doch in erster Linie dafür sorgen, daß die Staatsautorität erhalten wird, indem sie nicht in dieser Weise gegen die Person vorgeht, die den Staat repräsentiert. Daß seinerzeit den Deutschnationalen ein Ultimatum gestellt worden sei, ist durchaus unrichtig. Hergt wirft der Regierung weiter vor, sie habe die Schuldfrage nicht entschieden genug behandelt. Ich kann in der Beziehung die Erklärung abgeben, daß wir bei jeder Gelegenheit, die uns irgendwie dazu angeht, diese Frage anregen und zur Aussprache bringen. Was die Ausführungen von Herrn Wulle zu einem großen Teil einer Entgegnung und eines Eingehens auf Einzelheiten entbehrend erschienen läßt, ist der Umstand, daß er sich lediglich auf negative Kritik eingelassen hat. Er hat uns in keiner Weise einen Weg angegeben, wie denn vorzugehen sei, wenn man nun einmal das Dames-Dutachen abzuschneiden bereit ist.

Wenn die Frage, wie Deutschland aus seiner außerordentlich drückenden Kreditnot befreit werden soll, nicht Hupp und Har beantwortet wird, dann verbitte ich mir die Kritik. (Große Unruhe rechts.)

So lange die Herren nicht in der Lage sind, einen besseren Weg vorzuschlagen, sage ich: wir bitten den Dames-Gutachten in der Hoffnung, daß es uns auch wirtschaftliche Besserung bringen wird. Der Abg. Wulle ist in mancher Richtung über die Tatsachen nicht orientiert. Es gehört ein starkes Stück dazu, die Behauptung aufzustellen, wir hätten keine Urkunde über die Bereitwilligkeit Herriots zur Räumung der Ruhr mit nach Hause gebracht. In den Akten des Vizepräsidenten Nieher befindet sich ein Brief von Herriot und Macdonald, in dem die Räumung des Ruhrgebietes in höchstens zwölf Monaten zugesagt wird. (Zuruf b. d. Refoz.: Das ist doch kein Vertrag!) Dieser Brief ist von mir angenommen worden. Der Kanzler verweist den

Brief (Unruhe und Zusage rechts.) Auf der anderen Seite befindet sich eine Urkunde, ein Memorandum der deutschen Regierung, in der ausdrücklich die Erklärung festgelegt wird, daß die beiden Ministerpräsidenten sich der Räumung der rechtsrheinisch besetzten Gebiete gleichzeitig mit der Räumung des Ruhrgebietes nicht widersetzen werden. Dieses Memorandum ist von den beiden Ministerpräsidenten unbeschriftet geblieben: sie haben ihm also zugestimmt.

Ich bitte diejenigen, die etwas von dem Gutachten gelesen haben, sich mal die Frage vorzulegen, ist es möglich, sich einen Fall zu denken, wo bis zum August 1925 das Gutachten nicht ausgeführt wäre? (Sehr wahr! b. d. Regierungsparteien.) Und zwar soll es sich um böswillige Zuwiderhandlungen handeln. Es geht doch ein besonderes Stück dazu, sich einen Fall auszudenken, wo wir es wirklich böswillig fertigbringen könnten, das Gutachten bis zum August 1925 nicht auszuführen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Regierungsparteien.) Die deutsche Regierung ist voll und ganz gewillt, das Gutachten in aller Loyalität und aller friedfertigen Gesinnung zur Ausführung zu bringen, soweit es irgend möglich ist, und ich hoffe, daß sie der Reichstag dabei unterstützt. (Beifall.)

Herr Hergt verlas Stimmen aus dem besetzten Gebiet, er hat sich aber nur zu einer einzigen aufschwingen können, die er aus bestimmten Gründen zweimal zitierte. Es war immer dieselbe. (Heiterkeit.)

Demgegenüber können wir zahlreiche Stimmen anführen, die die Aufforderung an die Herren richten, ein Ja auszusprechen.

Wir haben es, was die letzten sieben bis acht Jahre anlangt, sehr zu bedauern, daß das deutsche Volk nicht immer über die Lage orientiert war. (Lebhafte Zustimmung b. d. Regierungsparteien.) Es ist versucht worden, durch Fanfaren- und Trompetengeschmetter das Volk in eine Begeisterung hineinzubringen, die recht bald wieder verfliegen mußte. Von meinen Ausführungen vom Sonnabend habe ich auch nicht das geringste zurückgenommen, denn es ist auch nicht das geringste versucht worden, um irgendwie die Unrichtigkeit meiner Ausführungen nachzuweisen. Ich sage noch einmal ganz offen:

Ich sehe allerdings die Entwicklung der Dinge außerordentlich pessimistisch an, wenn durch die Ablehnung im Reichstag die Londoner Abmachungen scheitern. Sich mit dem Gedanken zu befassen, es werde geschehen, in absehbarer Zeit, etwa in ein bis zwei Monaten, nochmals eine Konferenz zusammenzubringen, dazu gehört ein Optimismus, den ich nicht teile. (Lärm rechts.)

Es ist davon gesprochen worden, daß wir leider den Rechtsgedanken allzu sehr hätten zurücktreten lassen und ihn nicht hinreichend betont hätten. Ich wundere mich eigentlich darüber, daß dieser Vorwurf erhoben worden ist, denn ich erinnere mich sehr wohl, daß, als ich vor einigen Wochen mir den Ausdruck erlaubte von Weltgewissen und öffentlicher Meinung, ich dann gerade von der rechten Seite aus mit höhnischer Miene unterbrochen wurde. (Lärm rechts.) Herr Hergt hat mir vorgeworfen, daß ich mich von der englischen Regierung auf den Rechtsstandpunkt habe verweisen lassen. Ueberprüft man die Londoner Akten, so könnte man das Umgekehrte lesen.

Herr Hergt hat gesagt, wir hätten eine große Einheitsfront der Minoritäten gegen uns allmählich zusammengebracht. Worin dieser Vorwurf bestehen soll, ist mir etwas rätselhaft.

Die Reden, die wir früher oft von deutschösterreichischer Seite, auch heute noch von Herrn Wulle gehört haben, die sind allerdings außerordentlich geeignet gewesen, eine solche Einheitsfront der Minoritäten zu schaffen. (Großer Lärm rechts.) Ich glaube allerdings aus den verschiedenen Verhandlungen der Parlamente gerade in den letzten Tagen feststellen zu müssen, daß die Nationalisten in der französischen Kammer ebenso wie die Nationalisten hier im Reichstag sich gegenseitig die Bäule zuwerfen. (Große Unruhe rechts. Abg. v. Graefe ruft: Sammervolle Mädchen!)

Wir haben in London mehrmals die Entdeckung gemacht, daß, wenn wir mit den verschiedensten Vertretern der Länder auf den verschiedensten Gebieten ins Gespräch kamen, sich stets der unabweisbare Schluß ergab, daß wir, wenn wir uns nach Abbruch der Verhandlungen von London zurückziehen würden, uns einer vollständigen Einheitsfront der Alliierten gegenüber befänden hätten. Auch in Gesprächen mit den Engländern und Amerikanern wurde uns, wenn wir fragten, wie sie sich eigentlich zu den Dingen stellten, stets die Antwort erteilt, die Herren müßten uns den Rat geben, uns mit diesem Entgegenkommen Frankreichs zu begnügen. Wenn Sie in den Tonaten fortfahren wie bisher in ihrer Agitation, und auf diese Weise Frankreich weiter Stoff zu seiner... (Großer Lärm auf der Rechten, Zusage: Den Kampf nehmen wir auf! Und das ist der Konzert der Deutschen Reiches! — Glöck der Präsidenten, Gegenüber der Sozialdemokraten. — Der Schluß des Satzes geht in der allgemeinen Unruhe unter.) Einige weitere Ausführungen Hergts muß ich etwas sonderbar finden. Einmal hat er gesagt, es seien die Handelsverträge absolut getrennt gehalten worden von den Vereinbarungen über die Ruhr. Ich muß sagen, gerade das war unsere Absicht, und wir haben gerade bei Herrst volles Verständnis gefunden. Es wäre aber sehr töricht von uns gewesen, diese Gelegenheit, wo wir nun einmal mit den Herren aus Frankreich und Belgien in Verhandlungen eingetreten waren, nur für einen Zweck zu benutzen und alles andere von der Hand zu weisen.

Ich glaube wenn wir das nicht getan hätten, würde man geradezu eine Pflichtverletzung darin sehen. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.) Und wenn gesagt wird: „Wie können überhaupt Handelsvertragsverhandlungen stattfinden, solange der Feind auf deutschem Boden steht?“ so habe ich diesen Einwand allerdings nicht erwartet.

Sollen wir vielleicht alle Handelsvertragsverhandlungen ausschließen, bis die Frist von 15 Jahren abgelaufen ist, können auch die Räumung des letzten besetzten Gebietes stattfinden soll?

Es ist doch eine unhaltbare Forderung, sich alle Wege so zu versperren. Herr Hergt hat uns weiter den Vorwurf gemacht, daß wir nun diese Bedingungen freiwillig unterschrieben hätten. Aber einem Diktat hätten wir uns unterwerfen sollen. Ich hätte unsere Stellung hier sehen mögen, wenn wir mit einem Diktat in der Hand erschienen wären! (Sehr gut! b. d. Mehrheit.) Die „Deutsche Zeitung“ und die „Kreuzzeitung“, die in den letzten Tagen stark demagogisch eingestellt waren, hat ja dieses Diktat als Schlagwort benutzt. Wir sind gern bereit, am nächsten Sonnabend zu unterschreiben (Hört! hört!), weil wir diesen Kontrakt als einen Schritt auf dem Wege zur Befreiung unseres Vaterlandes ansehen, weil wir auf diesem Wege einen großen Teil unseres besetzten Gebietes zu befreien hoffen. (Rufe rechts: Nur hoffen!) Weil wir diese Hoffnung haben, darum sind wir bereit, zu unterschreiben. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit.)

Vizepräsident Dr. Nieber ruft den Abg. v. Graefe (Ruffog.) wegen des Jurafs gegenüber dem Kanzler: „Sammervolle Mädchen!“ zur Ordnung.

Abg. Pfleger (Bonn. Sp.) erkennt an, daß von der deutschen Delegation große Arbeit geleistet worden ist. Seine Fraktion stimme den Vorlagen nachgedrungen zu.

Nach einer Rede des Abg. Bredt (Wirtshp.) beantragte Abg. Kay (Komm.), die im Auswärtigen Ausschuss bereits durchberatene Gesetze nochmals im Ausschuss zu beraten. Infolge Beschäftigung wurde über den Antrag nicht abgestimmt und das Haus vertagte sich um 11 Uhr 15 Minuten.

Wenn die Arbeiter wüßten... Völkische Führer im Spiegel der eigenen Presse.

Die völkischen Banden fliegen auseinander. Die Einsetzung eines Triumvirats, die auf dem Weimarer Parteitag beschlossen wurde, ist nur ein kläglicher Versuch, zu retten, was doch nicht mehr zu retten ist. Die Organisationen gehen zurück, die Presse geht ein und der Glaube an einen künftigen Erfolg verschwindet. Aus dem überfließenden Sumpf steigen Gännisblasen auf. Die Herren Wiesenbacher und Streicher haben noch vor kurzem in öffentlichen Versammlungen die völkischen Führer nach Strich und Faden durch die Gasse gezogen. Jetzt bleibt die Mehrheit der bayerischen Landtagsfraktion die Antwort schuldig. „Die Deutsche Presse“, das Münchener „Kampfblatt der völkischen Freiheitsbewegung“, schreibt wörtlich über Streicher und Wiesenbacher:

„Streicher und Genossen sind heute die schlimmsten Banzonen, Terroristen und Vaganten. Ein Beispiel: Streicher verlangte feierlich in der Fraktion ausdrücklich, in keinem Landtagsausschuss hineingewählt zu werden, er betrachtete es als seine Aufgabe im Landtag die Behandlung der Judenfrage, und hierfür müsse er freie Hand haben. Und nun geht er hin und sagt in öffentlichen Versammlungen, die Fraktion müsse ihn befehligen, sie sei gegen ihn, und fährt als Beweis an, man habe ihn in keinem Ausschuss gewählt! Streichers intimster Freund, Wiesenbacher, ist selbstverständlich ein Ehrenmann. Beweis: er gab vor seiner Auffassung als Landtagsmitglied sein Ehrenwort, daß er nicht vorbestraft sei. Er brachte sogar ein polizeiliches Zeugnis vor, das er wegen 11fachen Bandendiebstahls mit 2 Jahren 1 Monat vorbestraft

war. Weiter: Wiesenbacher bettete die Nürnberger DAP um Unterstützung an, da er mit seiner Familie nicht von den Dänen leben könnte. Die DAP zählte ihm wöchentlich 40 M. Herr Wiesenbacher aber forderte in öffentlichen Versammlungen auf, keine Mitgliedsbeiträge mehr an die DAP zu zahlen. Als die DAP infolge dessen weniger einnimmt, schämt sich Wiesenbacher nicht, die Differenz aus der Privattasche des Vorsitzenden der DAP, Herrn Dr. Stöder, anzunehmen und trotzdem gegen ihn und die DAP weiterzubegehren. Ehrenmann! Noch besser, der „arme, ehrliche Arbeiter“, wie ihn Streicher nennt, der von den Dänen mit seiner Familie nicht leben kann und Unterstützung erbittet, der ist ausgerechnet im Psychochör, wo es doppelt so teuer ist, weil „die im Landtagsrestaurant immer nig Scheiß zu fressen haben“. Banzone!

Daß er sich als den einzigen Arbeiter der völkischen Fraktion bezeichnen, ist unserem Anton Dreger gegenüber eine ländliche Ungezogenheit, daß er aber ablehnt, im Plenum einige Worte zum Achtundzestag zu sagen, trotz rechtzeitiger Aufforderung, zeigt den Arbeiter-Abgeordneten Wiesenbacher im schönsten Licht. Er weiß ja warum,

er ist zu dumm dazu, er kann bloß in Versammlungen einige auswendig gelernte Phrasen abspulen;

denn wie er sich räuspert und wie er sich spudt, das hat er ihm glücklich abgequält. Ihm, dem großen Julius, seinem Herrn und Meister.“

In diesem Stille geht es spaltenlang weiter. Streicher wird vorgeworfen, daß er die Frauen von Parteigenossen verführe und auf Angriffe der Judenpresse nicht mit Klagen reagiere, weil er diese Angriffe nicht widerlegen könne. Seine Leistungen in Nürnberg werden als wüste Aufhebung gegen Hitler und Rüdendorf geschildert.

Die „Deutsche Zeitung“ hat dieser Tage wehmütig darüber geklagt, daß die nationale Bewegung es nicht fertig bringe, den demokratischen Kreisen etwas Gleichwertiges wie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegenüberzustellen, daß es ihnen vollständig an der Befähigung der Bewegung fehle. Die „Deutsche Zeitung“ hat recht, wenn sie das feststellt, sie irrt nur, wenn sie glaubt, daß das doch noch möglich sein müsse. Dieser sogenannten nationalen Bewegung, die in Wirklichkeit mit nationaler Gesinnung nicht das geringste zu tun hat, fehlen alle Voraussetzungen dazu. Sie kann nicht zu immerer Geschlossenheit kommen, weil ihr jeder ideale und stilles Untergrund fehlt. Die Völker haben es längst satt, im Wandertum ihr Ideal völkischer Behauptung zu sehen, sie wollen arbeiten und leben, sie wollen schaffen und in bessere Zukunft sehen können. Wo könnten sie solche Zukunft erhoffen von einer Bewegung, die nichts weiter ist als das letzte Nachzügler zerknirschenden Landsnechtums aus dem Krieg, den die Völker immer mehr verfluchen lernen. Ihr Koffert es nicht, ihr Herren von der Reaktion, eure Zeit ist abgelaufen!

Ein Fest der Arbeit.

Hamburg, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Das am gestrigen Sonntag von den freien Gewerkschaften Hamburgs veranstaltete Fest der Arbeit nahm einen großartigen Verlauf. In den Mittagsstunden sammelten sich im Stadtpark die einzelnen Organisationen und Gewerke zu einem gewaltigen Festzug, in dem besonders die Festwagen, auf denen die Mitglieder der verschiedenen Berufe symbolisch dargestellt wurden, auffielen. Bemerkenswert war, daß sich in den Festzug auch viele Kommunisten eingereiht hatten. Auf dem Festplatz, dem großen Hamburger Stadtpark, wurden an 17 verschiedenen Stellen Darbietungen der Arbeitersportler und -sänger geboten. Die Teilnehmerzahl an diesem Fest der Arbeit wird auf über 300 000 geschätzt.

Mörder Schulz bleibt in Haft.

Budapest, 25. August. (WTB.) Wie die Blätter melden, hat die deutsche Regierung an die ungarische Behörde heute das Ansuchen um Einleitung des Auslieferungungsverfahrens gegen Föder-Schulz gerichtet. Im Sinne dieses Antrags beschloß der Anklagegenrat, daß der Beschuldigte auf Grund des Auslieferungsbegehrens der deutschen Regierung in Haft genommen bzw. behalten werde. Diese Haft ist auf 6 Wochen beschränkt, und in dieser Zeit muß über das Auslieferungsbegehren, das durch das Justizministerium auf diplomatischem Wege zu erledigen sein wird, entschieden werden. In erster Reihe wird die Frage entschieden werden, ob es sich um einen gewöhnlichen oder einen politischen Mord handelt.

Die Mongolei als Republik.

Moskau, 24. Aug. (OE.) Erst jetzt ist in Moskau ein genauerer Bericht über die Festlichkeiten eingetroffen, mit welchen am 8. Juli in Urga die Mongolei zur Republik proklamiert worden ist. In Anwesenheit aller Würdenträger und des Somjetschanden fand ein großes Volksfest und eine Truppenparade statt. Dann hielt der erste Minister eine Rede, in welcher er darauf hinwies, daß schon vor drei Jahren nach der mit Hilfe Sowjet-Rußlands vollzogenen Befreiung der Mongolei von der Macht des zaristischen Generals Ungern-Sternberg die Mongolei eigentlich eine Republik wurde; doch habe man wegen der außerordentlichen Beliebtheit des damals noch lebenden Monarchen, des Bogdo-Chohen, diesem eine Scheinmacht belassen. Jetzt nach seinem Tod konstituierte sich die mongolische Republik, deren oberstes Regierungsgremium der Schurubdan (Landtag) sei, da man die höchste Gewalt einer Einzelperson nicht anvertrauen wolle.

Krach bei den Vaterländischen.

Wie die Volksmeinung gemacht wird.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände hatten für den Sonnabend eine Reichsvertretertagung einberufen, auf der die Herren Geisler und Westarp nach bekanntem Muster gegen das Londoner Protokoll, die Reichsregierung und die Sozialdemokratie aufzupuffen versuchten. Das Resultat war eine fulminante Resolution, die sich für Ablehnung des Londoner Protokolls, für Reichstagsauflösung und Neuwahlen aussprach. Die deutschnationalen und deutschösterreichische Presse hatte nichts Eiligeres zu tun, als dieses Resultat unter der Devise „das nationale Deutschland hat gesprochen“ der Welt zu verkünden. Die Sache stimmt nur nicht ganz. In der „Magdeburgerischen Zeitung“ steht zu lesen:

Reichstagsabgeordneter Adams (Dsp.) ermächtigt uns, mitzuteilen, daß die Vaterländischen Verbände von Rheinland-Westfalen zu der Tagung der Vereinigten Vaterländischen Verbände, die am vergangenen Sonnabend unter dem Vorherrschen des Abgeordneten Geisler in Berlin stattfand, nicht eingeladen waren. Am Gegenort zu der auf dieser Tagung gefassten Entschliessung stehen die Vaterländischen Verbände von Rheinland-Westfalen auf dem Standpunkt, daß das Londoner Abkommen angenommen werden muß.

Herr Adams unterstellt damit den Vereinigten Vaterländischen Verbänden und ihren ehrenwerten Führern Geisler und von der Goltz, ein Fälschungstüchtigen ersten Ranges vorgenommen zu haben. Das wird niemand in Erstaunen setzen, der die „Objektivität“ dieser Herren ihren Gegnern gegenüber zu beobachten Gelegenheit hatte. Der Vorfall wirft zu gleicher Zeit ein großes Licht auf die „nationale Einheitsfront“, wie sie die Hergt und Westarp verstehen. Immer im entscheidenden Augenblick klappt diese Einheitsfront jämmerlich zusammen und um das zu verbergen, greift man zum Mittel der Unwahrhaftigkeit. Der Geist der Vernunft darf bei diesen Herrschaften nicht hochkommen, denn er ist der schlimmste Feind ihrer künstlich großgezeichneten Bewegung.

Bayerns Ja.

Auch der deutschnationalen Justizminister für Annahme.

München, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Zustimmung Bayerns zum Londoner Abkommen wurde im bayerischen Ministerrat auch in Anwesenheit des deutschnationalen Justizministers Gurtner und des Vertreters der deutschnationalen Landtagsfraktion beschlossen, und zwar, wie offiziös mitgeteilt wurde, in voller Einheitsfront. Diese Festlegung ist den Deutschnationalen später sehr unangenehm geworden, und aus ihrer Landtagsfraktion kommt jetzt eine Erklärung, die besagt, daß wenigstens der Fraktionsvertreter sich nicht für die Annahme ausgesprochen, sondern die Stellungnahme der Landtagsfraktion vorbehalten habe. Die Zustimmung des deutschnationalen Ministers wird nicht bestritten, sondern lediglich gesagt, daß in der Frage des Eisenbahngesetzes (wo Bayern bekanntlich im Reichsrat sich der Stimme enthielt) die bayerische Regierung darauf habe Rücksicht nehmen müssen, daß nach dem Staatsvertrag mit dem Reich der Einspruch eines einzigen Eisenbahnlandes genüge, um die Verabschiedung des Gesetzes im Reichsrat und seine Einbringung im Reichstags überhaupt zu verhindern. Das letzte Wort über das Londoner Abkommen müsse vom deutschen Volk selbst durch den Reichstag besprochen

werden. Gerade die Gegner der Londoner Abmachungen hätten ein Interesse daran, daß der deutsche Reichstag die alleinige und letzte Entscheidung behalte.

Dritte Lesung am Donnerstag.

Der Reichsenrat des Reichstages hat, wie Eco meldet, beschlossen, die zweite Lesung am Dienstag und Mittwoch stattfinden zu lassen, und zwar soll jeder Fraktion eine 16stündige Redezeit gewährt werden. Am Donnerstag wird dann die dritte Lesung der Gesetze stattfinden. Nach Erledigung der Dames-Gesetze im beabsichtigten Sinne sollen dann noch die Wahlvorlage und die Zollvorlage beraten und beschlossen werden.

Die Zollvorlage im Reichstag.

Am Montag ist im Reichstags die Zollvorlage eingebracht worden. Anfanglich hatte der demokratische Reichswirtschaftsminister die Unterschrift verweigert, sie aber am Sonntag doch gegeben, um die drohende Ministerkrise zu vermeiden. Die demokratische Fraktion hat gleichzeitig bei der Reichsregierung gegen die Uebermittlung der Vorlage an den Reichstag entschieden protestiert.

„Ordnungszelle“ Thüringen.

Eine sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

In Thüringen herrschen verfassungswidrige Zustände. Kundgebungen für die Verfassung werden von der Landesregierung erschwert, Kundgebungen gegen die Verfassung gefördert. Der sozialistischen Arbeiterjugend von Jena wurde eine Kundgebung für Frieden und Republik, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Weimar ein Festzug verboten. Dagegen wurde der nationalsozialistischen Freiheitspartei gestattet, in Weimar öffentliche Festzüge und Kundgebungen gegen die Republik zu veranstalten und das Deutsche Nationaltheater mit Hakenkreuzfahnen zu „schmücken“.

In Weimar duldet die Landesregierung öffentliche Beschimpfungen der Verfassung und der verfassungsmäßigen Vertreter der deutschen Republik. Der Abgeordnete Dr. Dinter durfte sogar öffentlich die gegenwärtige Reichsregierung des Volks- und Hochverrats anklagen und erklären: „Sie gehört an den Galgen!“ In Weimar verfolgt die Landesregierung der republikanischen Bevölkerung den polizeilichen Schutz, auf den sie Anspruch hat.

Zahlreiche Störungen in der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind durch Besucher der Tagung der nationalsozialistischen Freiheitspartei erfolgt: Bebellungen und Mißhandlungen von Spaziergängern auf den Straßen, Ueberfälle auf Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Verwundung von mißhandelten Personen, rechtswidriges Eindringen in das Volkshaus, sinnlose und Menschen gefährdende Schießereien.

Gedenkt die Reichsregierung diese verfassungswidrigen Zustände in Thüringen weiter zu dulden? Oder was gedenkt sie zu tun, um die Thüringer Landesregierung zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, für die Reichsverfassung einzutreten, republikanische Kundgebungen zu fördern und die Republikaner zu schützen?

Herriots Erfolg.

Paris, 25. August. (Eca) Zu Beginn ihrer heutigen Sitzung beschloß die Kammer mit 333 gegen 168 Stimmen, Herriots Rede über das Londoner Abkommen in der ganzen Republik anschlagen zu lassen.

Der Verurteilte darf das Urteil scheitern.

Paris, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Die nationalistische Presse bemüht sich, den starken parlamentarischen Erfolg, den Herriot am Sonntag in der Kammer davongetragen hat, zu schmälern. So bringt es am Montagabend der „Intransigent“ fertig, der Mehrheit, die für die Ratifikation der Londoner Beschlüsse gestimmt hat, die „kompakte Majorität“ entgegenzuhalten, die Poincarés Außenpolitik jeweils in der Kammer des Nationalen Blocks gebilligt habe, und daraus den Schluss zu ziehen, daß Poincaré das ganze Land hinter sich gehabt habe, während Herriot nur von seinen eigenen Parteigängern gehalten wurde! Die französischen Nationalisten tun noch immer, als hätten sie das Urteil des Volkes am 11. Mai nicht begriffen.

Nachträgliche Besprechung des Lausanner Friedensvertrags

Paris, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Montag vormittag die Aussprache über die Ratifikation des Lausanner Friedensvertrages begonnen. Der am 24. Juli 1923 geschlossene und von England, Italien und Japan bereits ratifizierte Frieden von Lausanne hat nicht nur dem Krieg zwischen der Türkei und Griechenland ein Ende gemacht, sondern auch das im Jahre 1919 der Türkei von den Alliierten aufgezwungene Friedensdiktat von Sévres vollkommen abgeändert. Frankreich verliert durch den Lausanner Vertrag die politische Vormachtstellung, die es seit Jahrhunderten im nahen Orient gehabt hat, nahezu völlig. Die Diskussion in der Kammer hat nur rein akademischen Charakter, da der Vertrag von Lausanne in Wirklichkeit bereits seit einem Jahr in Kraft getreten ist und irgendwelche Änderungen daran ziemlich ausgeschlossen sind.

Zu dieser Debatte führte Herriot

aus, daß die türkische Republik die Tochter Frankreichs sei. Die türkischen Staatsmänner feier unter französischem Einfluß herangebildet worden. Die Intervention der Türkei an der Seite Deutschlands hätte vermieden werden können, wenn man einige Jahre zuvor der Türkei die Unterstützung gewährt hätte, die das Land damals von Frankreich verlangte. Frankreich sei glücklich, der Türkei zu helfen und ihr republikanisches Regime zu befestigen.

Der deutschvölkische Idealheld.

Mussolini erwirzt die deutschsüdtiroler Schulen.

Rom, 25. August. (WZ.) Im Ministerrat wurde beschlossen, die bisherige deutsche Normalschule in Bozen eingehen zu lassen, weil sie überflüssig sei und weil die deutschsprachigen Elementarschulen allmählich alle verschwinden sollen. An Stelle der deutschen Normalschule soll ein italienisches Unter- und Obergymnasium in Bozen errichtet werden.

Neapel für den Faschismus verloren.

Beginn des italienischen Freiheitskampfes.

Rom, 25. August. (E.P.) Exminister Agricola, einer der Oppositionsführer Südtaliens, hat der „Giustizia“ über die Stimmung in Neapel erklärt: Die Stadt ist des faschistischen Regimes müde. Wenn die Miliz am Sonntag die Bevölterung einschüchtern wollte, hat sie sich schwer verrechnet. Jene Ausschreitungen haben das Volk empört, das sich gegen den Gedanken auflehnt, wie ein Negergebiet behandelt zu werden. Jetzt ist Neapel für den Faschismus endgültig verloren. Neue Gewalttaten würden kein gefügiges Volk mehr finden. Mussolini hat einmal erklärt, in Neapel habe der Kampf für die Freiheit Italiens begonnen. Ich habe den Eindruck, daß in Neapel schon geistig der Kampf für die Befreiung Italiens vom Faschismus begonnen hat, den Italien letzten Endes als Unabhängigkeitskrieg betrachten wird.

Auch am gestrigen Sonntag ist es in Neapel zu schweren politischen Zusammenstößen auf den Straßen gekommen. Dreißig Personen wurden verwundet, über hundert von Polizei und Miliz festgenommen.

Interparlamentarische Konferenz.

Kritik am Völkerbund.

Zürich, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) In der Montags-Sitzung der Interparlamentarischen Konferenz wurde zunächst über die Minoritätenfrage debattiert. Der Vertreter der jüdischen Minderheiten der baltischen Randstaaten forderte eine größere Aktivität des Völkerbundes zum Schutze der Minderheiten. Der französische Abgeordnete Lespuyer kritisierte den Völkerbund, in dem die Völker selbst so gut wie gar nicht zum Worte kämen. Es müsse deshalb dahin gewirkt werden, daß die Regierungen, vertreten beim Völkerbund durch Bevollmächtigte, erleichtert werden. Sodann entwickelte der deutsche Reichstagsabg. Schilling (Dem.) die Grundzüge der interparlamentarischen Union und forderte Kontrolle der auswärtigen Politik durch die Parlamente, Dessenlichkeit aller zwischen den Staaten geschlossenen Verträge, Abschaffung von Geheimfonds der Regierungen, Verhinderung von Angriffskriegen durch allgemeine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit in Streitigkeiten zwischen den Nationen und Ausbau des Internationalen Schiedsgerichtshofes in Haag; Voraussetzung für die militärische Abrüstung sei die systematische Organisation und Förderung der sittlichen Kräfte in allen Nationen.

Bern, 25. August. (WZ.) Die interparlamentarische Konferenz lehnte es ab, auf verschiedene Anträge einzugehen, die Lindhagen-Schweder (U. Soz.) zur Debatte stellen wollte und die allgemeine Revision des Völkerbundespaktes, internationales Abkommen über eine Weisungs- und eine Einlabung an Amerika zum Eintritt in den Völkerbund zum Gegenstand hatten. Gegen eine Behandlung der letzteren Frage erhob auch der amerikanische Delegierte Burton Einspruch.

Die Kleine Entente in Laibach.

Prag, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Am 27. und 28. August tagen in Laibach die Außenminister der Kleinen Entente. Im Vordergrund werden folgende Punkte stehen: 1. Wie soll sich die Kleine Entente während der Völkerbundstagung verhalten, wenn die Kontrolle der Rüstungen der unterlegenen Staaten, namentlich Bulgariens, Ungarns und Deutschsüdtirols, mit der der Völkerbund betraut werden soll, verhandelt wird; die Kleine Entente wird dabei die Forderung vertreten, daß sie in den mit der Kontrolle betrauten Kommissionen vertreten ist. 2. Das Verhältnis der Kleinen Entente zu Rußland; man ist der Ansicht, daß die Vertreter der Tschechoslowakei und Südslawiens sich für die Anerkennung der Sowjet-Regierung einsetzen werden. 3. Die Folgen des Londoner Abkommens; in dieser Frage will die Kleine Entente erreichen, daß ihre Interessen an den Reparationsleistungen und den Kriegsschulden berücksichtigt werden.

Ein kommunistischer Arbeiter wurde in Rosenheim, in der Nähe des Bahnhofs verhaftet. Er soll wichtiges Material über die KPD. Befessen haben.

Internationaler Textilarbeiterkongress.

Wien, 23. August.

Der Kongress beendete gestern, Freitag, seine Arbeiten. Den Vorschlag für die letzte Sitzung Samyn (Belgien). Zunächst hielt Rödel (Deutschland) das Schlusswort zu seinem Referat „Handelspolitik und Textilindustrie“. Es wurde dann bei einer Stimmenthaltung einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Ein ungehinderter Warenaustausch der Völker untereinander ist eine der Grundlagen wirtschaftlichen Friedens und der Völkermohlfahrt. Insbesondere bedarf die Textilindustrie, da die von ihr benötigten Rohstoffe wie auch Halbfabrikate nur in bestimmten Gebieten erzeugt werden, der Freizügigkeit, um ihre wirtschaftlichen Funktionen erfüllen und sich technisch zur höchsten Vollkommenheit entwickeln zu können. Abwehrmaßnahmen aller Art, wie Aus- und Einfuhrverbote sowie

hohe Zollschränken einzelner Länder

hindern diese Entwicklung und sind nicht geeignet, den sozialen Aufstieg weder der Arbeiterschaft im allgemeinen, noch der Textilarbeiter im besonderen zu fördern.

Darüber hinaus sind wirtschaftliche Maßnahmen eine Quelle dauernder internationaler Differenzen und mit Ursachen kriegerischer Verwicklungen. Aus dieser Erwägung erneuert und erweitert der Kongress die Entschliessung des Pariser Kongresses, wonach er uneingeschränkte Handels- und Austauschbeziehungen zwischen allen Ländern der Erde, Abschluß von Handelsverträgen, Abbau der noch bestehenden Aus- und Einfuhrverbote sowie der Zollschränken auf dem Textilgebiet und der bestehenden Ausnahmebestimmungen gegen einzelne Länder fordert.

Der Kongress verpflichtet die der Internationale angehörenden Organisationen, in allen zuständigen Körperschaften, in denen sie Einfluß besitzen, in diesem Sinne zu wirken.“

Die neuen Beiträge.

Zeims (Deutschland) berichtet dann namens des Komitees, das über die Beitragsregelung zu beraten hatte. Da die Währungen in den einzelnen Ländern wieder stabil geworden sind, kann wieder für alle Länder ein einheitlicher Beitrag festgesetzt werden.

Ohne Debatte wird folgender Beschluß gefaßt: Der Mitgliedsbeitrag soll einheitlich für alle Länder in amerikanischen Dollars berechnet werden.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mit Wirkung vom 1. Januar 1925 drei amerikanische Cent für das Mitgliedsland und Jahr.

An dem bestehenden Verhältnis der Zuteilung an den Streik- und den Verwaltungsfonds soll nichts geändert werden. Landesorganisationen, die aus irgendwelchen Gründen fortgesetzt keine Mitgliedsbeiträge zahlen, können nicht Mitglieder der Internationale sein.

Es wird dann der neue internationale Sekretär gewählt. Die Wahl fällt auf den Engländer James Bell.

Eisenring (Frankreich) legt hierauf folgende

Resolution über den Achtstundentag

vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Der Internationale Textilarbeiterkongress erneuert seine seit so vielen Jahren aufgestellte Forderung nach dem Achtstundentag. Er wiederholt, daß sowohl aus moralischen wie aus physischen Gründen eine achtstündige Arbeitszeit die höchstsumme an Arbeit darstellt, die von einem beliebigen Arbeiter an einem beliebigen Tag geleistet wird, und daß nur eine wissenschaftliche Methode der Erzeugung und Verteilung eine längere als achtstündige Arbeitszeit erfordern könnte.“

Der Kongress ist der Meinung, daß es hauptsächlichste Pflicht aller angeschlossenen Organisationen ist, in enger Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften ihres Landes auf einer unverzüglichen Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens zu bestehen.

Der Kongress wiederholt überdies seine ernste Absicht, dahin zu wirken, daß kein Arbeiter mehr als acht Stunden täglich arbeitet, und daß überdies die Arbeiter einen

freien Sonnabendnachmittag

haben. Er verweist ebenso, nichts unversucht lassen zu wollen, daß in allen Ländern, in denen die Textilindustrie entwickelt ist, Verbesserungen der Arbeitszeit gleichzeitig durchgeführt werden.

Der Kongress wendet sich kategorisch gegen jedes Arbeitsschichtsystem in der Textilindustrie und lehnt jede Nachtarbeit entschieden ab.

Der Kongress verlangt von den Landesorganisationen, sie mögen die Forderungen vertreten, daß ohne Unterbrechung nur vier Stunden gearbeitet werden soll, und daß nach Ablauf einer höchst- arbeitszeit von vier Stunden ein wesentlicher Zeitraum für Mahlzeiten und Erfrischungen eingeschoben werden soll.

Das Sekretariat hat den Kampf um Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ständig zu übermachten, die Landesorganisationen eventuell an die Durchführung zu erinnern, Berichte über den Verlauf des Kampfes einzufordern und besonders wirksam erscheinende, von einzelnen Landesorganisationen angemeldete Kampfmittel den angeschlossenen Verbänden zur Kenntnis zu bringen.“

Vanderpuite (Frankreich) sprach dann noch über die unzureichenden Schutzvorschriften in der Textilindustrie.

Er fasste seine Ausführungen in folgender Resolution zusammen, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurde:

„Der Kongress stellt fest, daß die hygienischen Vorschriften und Sicherheitseinrichtungen in den Textilfabriken der verschiedenen Länder im allgemeinen völlig unzureichend sind. Diese Einrichtungen müssen sofort verbessert werden. Da der Mangel an Hygiene und Sauberkeit in den Fabriken die Ursache der Volksleiden, insbesondere der Tuberkulose, und das Fehlen der entsprechenden Sicherheitseinrichtungen die Ursache erster Unfälle ist, müssen in allen Ländern Gesetze zum Schutze der Arbeiter beschlossen werden. Das ist um so notwendiger, als die fortschreitende Technik die Gefahren in den Fabriken erhöht.“

Da infolge des Fehlens der hygienischen und Sicherheitseinrichtungen sehr häufig Krankheiten eintreten, die deutlich den Charakter von Berufskrankheiten haben, müssen solche Leiden, die als Berufskrankheiten anzusehen sind, in die Arbeiterunfallgesetze aufgenommen werden.“

In der Erwägung, daß der Dienst der Arbeitsinspektoren eine einwandfreie Kontrolle aller Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften garantieren muß, glaubt der Kongress, daß den Arbeitsinspektoren, die Angestellte des Staates sind, Arbeitervertreter, die von den Gewerkschaften ernannt werden, beigegeben werden müssen.

Der Kongress ladet das Internationale Arbeitsamt in Genf ein, sich mit diesen äußerst wichtigen Fragen eingehend zu beschäftigen und dahin zu wirken, daß diese Frage international geregelt werde.“

Damit hat der Kongress seine Beratungen beendet. Roscher (Weidenberg) dankte dann namens des Kongresses dem abtretenden Sekretär Tom Shaw für die Lebensarbeit, die Shaw zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Textilarbeiterchaft geleistet hat.

Der Dank an Shaw

wird von einem Beifallssturm der Delegierten begleitet; sie erheben sich von den Sitzen und jubeln Shaw zu. Roscher bittet Shaw, auch weiterhin den Textilarbeitern mit Rat und Tat beizustehen.

Shaw weist auf den Aufstieg der Textilarbeiterchaft in den letzten Jahrzehnten hin. Er bezeichnet als schönsten Tag seines Lebens den, an dem er zum internationalen Sekretär gewählt wurde. Wie er bisher mit seinem Herzen immer bei den Textilarbeitern war, wird er es auch für alle Zukunft bleiben. Wenn die Textilarbeiter seinen Rat und seine Unterstützung brauchen, wird er stets zur Stelle sein. (Erneuter Beifall.)

Mit der „Internationalen“ wird der Kongress geschlossen.

Wirtschaft

Zuckereinfuhr und Zuckerindustrie.

Am 1. Juli war der Roggeburger Zuckerpreis 18,62 M. je 50 Kilogramm, am 1. August notierte er 24, am 16. August 24% M. Die Zuckerpreise sind also im Steigen und zwar deshalb, weil die Zuckerindustrie in der Lage ist, das Angebot von Zucker künstlich zu verringern. Solange der Zuckereport nicht freigegeben war, waren die Zuckerindustriellen gezwungen, Notverkäufe vorzunehmen, um Geld in ihre Kassen zu bekommen. In dem Augenblick aber als ihnen das Reichsernährungsministerium ein erhebliches Kontingent an Zucker zur Ausfuhr freigab, erhielten sie Geld aus dem Auslande und sie konnten wieder nach wie vor ihre Zuckervorräte zurückhalten, auf diese Weise die Preise in die Höhe treiben. Die Preise von Zucker haben in Deutschland den 22,45 M. betragenden Weltmarktpreis überschritten. Der Reichsernährungsminister hat nun, um dieser (Basis London) Zuckerhaufe Inhalt zu geben, die Einfuhr von Zucker gestattet. Von dieser Einfuhrerlaubnis werden natürlich die Zuckerindustriellen anderer Staaten Gebrauch machen, da sie in der Lage sind, den deutschen Markt vorteilhafter zu beliefern als unsere eigene Industrie. Darob großer Entrüstungssturm der Zuckerindustriellen, für die ein Teil der bürgerlichen Presse eingetreten ist. Wir erinnern an dieser Stelle an das Interview, das die „Wirtschaftliche Zeitung“ von dem bekannten Direktor der Commerz- und Privatbank, Moritz Schulze, brachte. Dieser, von Roggeburg her zur Commerzbank kommend, ist mit den Verhältnissen in der Zuckerindustrie aufs genaueste vertraut und benutzte die Beherrschung des Stoffes, um den Nachweis zu versetzen, wie schädlich die Einfuhrerlaubnis für die Zuckerindustrie wäre. Er geht dabei folgendermaßen vor: Bei Freigabe der Zuckerwirtschaft hätten die Zuckerindustriellen ihre Vorräte zu Verlustpreisen abstoßen müssen, ebenso während der Zeit der Kreditrestriktionen. Wenn sie jetzt wirklich höhere Preise bekämen, dann würden dadurch höchstens die Verluste ausgeglichen, die sie durch die vorherigen niedrigen Preise, die teilweise unter Selbstkosten gewesen wären, gehabt hätten. Einen Gewinn würden sie keineswegs erzielen. Sie müßten die Gelder ja auch in die Fabriken wieder hineinstecken, deren Anlagen während des Krieges und der Inflationszeit nicht erneuert worden wären.

Diese Beweisführung ist vollkommen abwegig. Die Dinge liegen vielmehr so: Vor dem Kriege war Deutschland ein zuckerexportierendes Land. Von den Gebieten, in denen die Zuckerrübenbauenden Landschaften liegen, ist nichts verloren gegangen. Der Anbau und der Ertrag dieser Landschaften an Zuckerrüben hat naturgemäß während des Krieges, da die Düngemittel und vor allen Dingen die für den Zuckerrübenbau notwendigen Menschen fehlten, nachgelassen. Er hat sich nach Kriegsende wieder gehoben, hat aber noch lange nicht die Höhe erreicht, die vor dem Kriege zu verzeichnen war. Mag sein, daß das auch mit der Zwangswirtschaft zusammenhängt. Nun ist aber die Zwangswirtschaft gefallen. Der freie Wettbewerb tritt in seine Rechte. Das wird natürlich ein Anreiz für die Zuckerrübenbauenden Landwirtschaften, die Anbauflächen weiter zu vergrößern und damit auch die Produktion an Zucker ebenfalls zu steigern. Bei einer natürlichen Verteilung des Kräftereichtums müßte die Folge sein, daß der Zuckerpreis heruntergeht.

Es ist infolgedessen ganz begreiflich, daß die Zuckerindustriellen, um den Preis nicht allzu sehr sinken zu lassen und den Zuckerrübenbau sowohl wie die Zuckersubstitution rentabel zu gestalten, den Wunsch haben, zu exportieren. Aber sie dürfen dann nicht die Gelder, die sie aus dem Auslande bekommen, dazu verwenden, um eine künstliche Verringerung des Angebotes herbeizuführen, um Vorräte gewaltsam zurückzubehalten und dadurch eine Preissteigerung herbeizuführen. Wenn dies der Fall ist, bleibt ja dem Reichsernährungsministerium als Vertreter der allgemeinen Interessen, die einen billigen Zuckerpreis verlangen, nichts weiter übrig, als durch Einfuhrerlaubnis für den Markt ein regulierendes Moment zu schaffen.

Das ganze Verbot der Zuckerindustriellen ist typisch für unsere kapitalistische Produktion. Die Wesen der Produktionsmittel lernen nur ein Rezept zur Hebung von Wirtschaftskrisen: Verringerung der Produktion, Verringerung des Personals, Verringerung der Löhne, Erhöhung der Preise. Damit ist ihre Weisheit erschöpft. Daß es aber auch noch eine Möglichkeit gibt, produktionsverbessernde Methoden einzuführen, damit die Unkosten herabzubringen, und mit Hilfe vermehrten Absatzes bei geringem Verdienst an der Umsatzeinheit ein günstiges Gesamtergebnis zu erzielen, diese Weisheit scheint bisher in den Kreisen der Kapitalisten noch längst nicht durchgedrungen zu sein.

Schlechte Ernte in Polen.

Bei der Auseinandersetzung über die Agrarzölle haben Vertreter der Landwirtschaft wiederholt die Gefahr betont, daß aus dem Osten große Getreidemengen zu niedrigen Preisen eingeführt und den deutschen Preis unter die Produktionskosten der deutschen Landwirtschaft senken würden. Wie nun die Tl. aus Warschau meldet, wird die diesjährige Ernte Polens mit 30 Prozent geringer als im vorigen Jahre angegeben. Der Ernteausschlag an Getreide muß durch Import gedeckt werden, so daß bereits in diesem Monat der Preis für Roggen um 50 Prozent gegen den Vormonatpreis gestiegen ist. Die Miskanten ist besonders in Galizien groß. Eine Konferenz des Finanzministeriums hat beschlossen, eine Summe von 2 Millionen Jloty als unverzinsbare Anleihe für die galizischen Kleingrundbesitzer bereitzustellen.

Demnach ist es so gut wie ausgeschlossen, daß im nächsten Erntejahr große Getreidemengen aus Polen zur Einfuhr nach Deutschland kommen.

Rußlands Ernteergebnisse.

Im Plenum des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei erstattete Rykow Bericht über die Ernte und teilte mit, daß die Getreidevorräte 2,8 Milliarden Pud betragen, d. h. ebensoviel wie im vorigen Jahr, was die Bedürfnisse der Sowjetrepublik vollauf deckt und einen Ueberschuß von 100 Millionen Pud zur Verfügung läßt. Es wird ein Referendums gebildet, um in den Gegenden, wo eine Preissteigerung stattfinden könnte, die Preise zu drücken. Nach der Bildung dieses Fonds bleiben noch 75 Millionen Pud (à 16,28 Kilogramm, also zusammen rund 1,23 Millionen Tonnen) für die Ausfuhr ins Ausland übrig. Mit der Ausfuhr soll erst nach einem besonderen Beschluß der Regierung begonnen werden.

Demnach ist vorerst mit einer wesentlichen Konkurrenz russischen Getreides am deutschen Markt nicht zu rechnen.

In der heimischen Braunkohlenverwertung ist eine neue Konzernbildung zu verzeichnen. In einer Aufsichtsrats-Sitzung der Braunkohlen-Produkte-Werke, die zum Konzern der Erdöl- und Kohle-Verwertung-Werke, G. E. (Vag) gehört, gab Generaldirektor Brückmann bekannt, daß die Vag mit der Gruppe der Werken-Weisenfelder Braunkohlen A.-G. eine Interessengemeinschaft abgeschlossen hat. Bweds industrieller Verwertung der Vag-Verfahren zur Verarbeitung von Braunkohlenteeren und Mineralölen hat die Gruppe B.W. die Hälfte des Aktienkapitals der Braunkohlen-Produkte-Werke erworben. Die der Vag gehörigen deutschen Schutzrechte betr. die Verfahren nach Dr. Vergius (Vergin-Verfahren) sind bei der Vag verblieben. Ein Austausch von Aufsichtsratsmitgliedern zwischen Vag und Werken-Weisenfeld ist in Aussicht genommen.

Der Achtstundentag im Ausland.

Die Arbeitgeberverbände behaupten, daß die Durchführung des Achtstundentages die deutsche Industrie der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beraube. Da es nur durch Vergrößerung des Exports möglich sei, die Reparationsleistungen aufzubringen, steige es lediglich an den Arbeitern, durch Verlängerung der Arbeitszeit die Menge der in Deutschland erzeugten Güter zu vermehren und zu verbilligen. Abgesehen davon, daß die anderen am Weltmarkt beteiligten Staaten sich die durch „sozialen Dumping“, also durch billige Löhne und lange Arbeitszeit hervorgerufene Schwachkonkurrenz der deutschen Industrie nicht gefallen lassen, sondern zu Gegenmaßnahmen greifen werden, bedienen sich die Arbeitgeberverbände des Trugschlusses, als ob die schematische Verlängerung der Arbeitszeit auch eine schematische Vergrößerung der Produktion zur Folge haben müsse. Wir besitzen aber eine Unzahl von Zeugnissen, nach denen in der Regel gerade das Umgekehrte richtig ist: Nach Einführung der verkürzten Arbeitszeit bessert sich die Leistungsfähigkeit des Arbeiters, die Menge der erzeugten Güter nimmt zu. Voraussetzung dafür ist, daß auch die Produktionsmethoden verbessert und den neuen Arbeitsbedingungen angepaßt werden. Die bekanntesten Beispiele für die Richtigkeit dieses Satzes sind die Zeilwerke in Jena und die Unternehmungen des bekannten Großindustriellen Bosch in Stuttgart. Noch ein anderes Zeugnis: Der Textilfabrikant Burger, deutschnationaler Stadtoverordneter in Chemnitz, führte am 12. April 1922 in öffentlicher Stadtoverordneterversammlung aus, daß die Einführung des Achtstundentages in seinem Betrieb keine Verminderung der Produktion, sondern eine

Erhöhung der stündlichen Produktionsleistung

um durchschnittlich 15 Prozent bewirkt habe. Wenn den deutschen Unternehmern tatsächlich daran gelegen wäre, die Produktion zu heben und auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, so wären sie geradezu gezwungen, die Verkürzung der Arbeitszeit auf ein möglichst geringes Maß durchzuführen. In den anderen Industriestaaten hat man mit dem Achtstundentag außerordentlich günstige Erfahrungen gemacht.

Nehmen wir zuerst Frankreich. Aus der Stahl- und Zinnblech-Industrie des Basins des Gales wird aus dem Jahre 1920 berichtet: „Die Einführung des Achtstundentages bewirkte eine Vermehrung der Produktion.“ In einem Bericht an die Vereinigung amerikanischer Exportfabrikanten wird aus Frankreich mitgeteilt:

„Zu Beginn des Krieges verzichteten die Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Sonnabends- und Sonntagruhe und nahmen aus nationalen Gründen Arbeitstage von 12-15 und mehr Stunden an. Nachdem 5-6 Wochen im zwölfstündigen Arbeitstag gearbeitet war, war die Produktion unter die des achttündigen Arbeitstages gesunken. Man mußte, um die Produktion zu heben, die wöchentliche Ruhezeit wieder einführen und die tägliche Arbeitszeit wieder verkürzen.“

Aus dem bekannten Werk von Creuzot, dem französischen Krupp, wird aus dem Jahre 1920 berichtet:

„Die Aenderung des Schichtsystems (früher zwei Schichten je 12 Stunden, jetzt drei Schichten je 8 Stunden) hat die Produktion mehr als proportional vermehrt; es wird anhaltender und regelmäßiger gearbeitet, und die Arbeiter verdienen daselbe wie vorher. Die Werkzeuge und Arbeitsmittel wurden verbessert.“

Dieses Zeugnis hat deswegen besondere Bedeutung, weil die deutschen Arbeitgeberverbände behaupten,

das Dreischichtensystem

sei für die Schwerindustrie ungeeignet. Hier wird aus der Praxis das Gegenteil nachgewiesen. Schließlich noch einige Beispiele aus anderen französischen Industrien. Aus der Elektroindustrie wird berichtet (1921):

„Die Beschränkung der Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich (an einem Tage mehr als neun Stunden) hat die Produktion nicht im geringsten geschädigt.“

Die Beobachtungen im Pariser Bleichergewerbe haben wir erst kürzlich erwähnt.

Ferner aus dem Jahre 1920:

„In der Granitbearbeitungsindustrie wurde durch allmähliche Verkürzung festgestellt, daß der Siebenstundentag die vorteilhaftesten Ergebnisse liefert.“

In England hat man schon vor dem Kriege mit der Verkürzung der Arbeitszeit sehr gute Erfolge erzielt. Die Stahlgießerei von Hadfield in Sheffield konnte die Produktion in der Arbeits-

stunde, als die Arbeitszeit im Jahre 1890 um 8 Proz. herabgesetzt wurde, um 7 Prozent steigern.

„Das Ergebnis ist eine Wirkung erstens der vervollkommenen Methoden der Leitung, und zweitens der höheren Intelligenz und des vermehrten Interesses der Arbeiter.“ wird dazu bemerkt. In einem Bericht über die Leistungen in einer Granitfabrik der Rational Ordnance Factory wird aus dem Jahre 1917 mitgeteilt:

„Die Arbeitsleistung der Arbeiterinnen ist im wesentlichen von der Arbeitsintensität der männlichen Einrichter abhängig und diese wird durch die Arbeitszeitverkürzung in höherem Maße gesteigert, als die der Arbeiterinnen durch die Arbeitszeitverlängerung vermindert wird. . . . Daher kann hier die vermehrte stündliche Produktionsleistung der Arbeiterinnen als Ausdruck für die durch die Arbeitszeitverkürzung bewirkte

gesteigerte Leistungsintensität der Arbeiter

angesehen werden.“

Aus sieben verschiedenartigen Fabriken, die für Heeresbedarf arbeiten, wird aus dem Jahre 1916 berichtet, daß der Verdienst der Arbeiter stark zunahm, als die Arbeitszeit verkürzt wurde. Bei kürzerer Arbeitszeit und dem dadurch bedingten späteren Anfang erschienen die Arbeiter ausgeruhter zur Arbeit und verließen deshalb nicht so viel Zeit während der Arbeit.

Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges und in den Jahren danach ihre industrielle Produktion wesentlich erhöht. Eine der Hauptursachen war die Verkürzung der Arbeitszeit. So berichtet die Korrespondenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (1923), daß überall, wo Erhebungen über die Folgen der Einführung des Achtstundentages gemacht wurden, das Resultat erhöhte Produktion sei, in vierzig Industrien bis zu 25 Prozent. Auch in der Schwerindustrie der Vereinigten Staaten sind mit dem Achtstundentag die günstigsten Erfahrungen gemacht worden. Von den Hochöfen in Cleveland wird mitgeteilt, daß die Einführung des Achtstundentages eine Vermehrung der Produktion bewirkt habe. In einem wissenschaftlichen Organ, dem „Journal of Personnel Research“, werden aus den Stahlfabriken folgende Berichte gegeben:

„Die Betriebe, die das Dreischichtensystem (täglich drei Schichten à 8 Stunden) angenommen haben, und etwas geringere Löhne zahlen, als entsprechende Betriebe, die in zwei Schichten à 12 Stunden arbeiten, haben genügend Arbeiter, sowohl gelernte wie ungelernete. — Die Leistungen der meisten solcher Betriebe glauben, infolge der kürzeren Arbeitszeiten höherwertige Arbeiten zu erzielen. — Die Beamten sind der Meinung, daß die höherwertige Arbeit und die volle Beschäftigung nicht trotz, sondern wegen der achttündigen Arbeitszeit erzielt wird.“

Der Erfolg des Dreischichtensystems durch das Dreischichtensystem bewirkte eine Vermehrung der Produktion pro Arbeiter, pro Stunde und pro Maschine. Die körperliche und geistige Verfassung des Arbeiters verbesserte sich, es wird eine bessere Klasse von Arbeitern herangezogen, die Arbeit wird besser und gleichmäßiger verrichtet, die Qualität des Arbeitsprodukts verbessert sich, es wird weniger Feuerungsmaterial verbraucht, die Betriebsstörungen werden mehr gespart und erfordern weniger Reparaturen, die Maschinen haben eine längere Lebensdauer; die Arbeitsmoral ist besser, die Arbeiter fehlen weniger und halten bessere Disziplin.“

In diesem Zusammenhang sei auch an die Erfahrungen von Henry Ford erinnert.

Rechtliches wird aus fast allen Industrien der Vereinigten Staaten berichtet, überall sind

die besten Erfahrungen mit dem Achtstundentag

gemacht worden. Ähnliche wie private Untersuchungen bestätigen immer wieder, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur eine Steigerung der Produktion zur Folge habe, sondern auch den Arbeitern die Möglichkeit gebe, sich geistig und körperlich weiter zu bilden.

Anstatt daß die deutschen Arbeitgeberverbände die Anwendung der übelsten und rüchlichsten Methoden in bezug auf Arbeitslohn und Arbeitszeit empfehlen und dazu noch eine kleine nationalistische Hege inszenieren, sollten sie aus den Erfahrungen der ausländischen Industrien zu lernen suchen. Sie würden dann ohne Zweifel zu dem Ergebnis kommen, daß die Durchführung des Achtstundentages auch in Deutschland keine Verminderung, sondern eine wesentliche Erhöhung der Produktion zur Folge haben muß, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Unternehmer das Ihrige in der Verbesserung der technischen Einrichtungen und der Betriebsorganisation leisten.

behauptet haben, nicht nur in moralischer, sondern auch in finanzieller Beziehung in vollkommener Abhängigkeit von der Zentrale der Kommunistischen Partei. Die Abhängigkeit geht sogar so weit, daß die Zentrale der Kommunistischen Partei bestimmt, welche Person die Geschäfte des Verbandes zu erledigen hat.

Diese Klarheit, die zugleich eine Glosse auf das Mitbestimmungsrecht der im Verband der Land- und Waldarbeiter organisierten Landarbeiter ist, zeigt jedem Landarbeiter, daß zukünftig noch reichlicher als bisher überlegt werden muß, wie weit die Aufnahme von Beziehungen zu der genannten Organisation verantwortet werden kann.

Die Oberbürgermeister zur Bauarbeiterausperrung.

Die Oberbürgermeister und Landräte von Rheinland-Westfalen nahmen in einer Besprechung in Essen zur Ausperrung der Bauarbeiter Stellung. Eine Erörterung der Frage, ob etwas zur Beseitigung der Differenzen geschehen könnte, führte zu der einmütigen Auffassung, daß es nicht möglich sei, in den großen Wirtschaftsstreit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen. Unbedingt notwendige Arbeiten müssen gegebenenfalls in eigener Regie ausgeführt werden. Auch die Frage einer etwaigen Unterstützung der Ausgesperrten wurde besprochen und einhellig der Standpunkt vertreten, daß in gleicher Weise verfahren werden müsse wie bei früheren Ausständen und Ausperrungen. Eine allgemeine Unterstützung Ausgesperrter könne nicht in Frage kommen. Hilfen durch die Gemeinden dürften nur in Einzelfällen eintreten, wenn es sich um besondere Notfälle handelte.

Von den Arbeitgeberverbänden wird die Zahl der Ausgesperrten auf insgesamt 45. bis 50000 angegeben. Die Angaben der Gewerkschaften beziehen wesentlich darunter. Heute Dienstag finden im Rathaus zu Barmen unter Leitung des Schlichters Reichlich Einigungsverhandlungen statt.

Die Mißstände in Ost-Oberschlesien beschäftigten eine besondere Regierungskommission in Warschau. Es wurde festgestellt, daß bis zum 23. August sämtliche Gruben den normalen Betrieb wieder aufgenommen haben werden, wenn auch mit geringerer Arbeiterzahl. Geschlossen werden nur 7 Gruben. Die Verminderung der Belegschaften ergibt sich aus dem Uebergang vom Dreischichten- zum Zweischichtensystem sowie aus der Notwendigkeit, die Produktion entsprechend der Exportkonjunktur einzuführen. Etwa 20000 Arbeiter werden entlassen, die teilweise nach Frankreich und Belgien übergeführt werden sollen. Weiteren Kündigungen will die Regierung entgegenstellen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Polen ist nach Angaben des Arbeitsvermittlungsamtes in letzter Zeit stark gestiegen. Sie betrug Ende Juli 149000 gegenüber 114000 im März.

Die Regierung beschloß, die Verordnung bezüglich der Arbeitslosenversicherung auf die Volkswirtschaft Schesien auszudehnen. — Gleichzeitig wird aus Katowitz berichtet, daß in verschiedenen Werken weitere Arbeiterentlassungen erfolgen. So wurden im Hüttenwerk Zawadzki neuerdings Teile der Belegschaft entlassen. — Die Industriellen haben erklärt, daß sie bei Wiedereinstellung von Arbeitern, die früher erworbenen Rechte derselben keineswegs einschränken werden. Die Betriebsräte sollen, soweit sie nicht von der allgemeinen Reduzierung betroffen werden, (1) in ihrer bisherigen Eigenschaft belassen werden.

SPD-Musikinstrumentenarbeiter! Alle Parteigenossen, die an der gestrigen Versammlung im „Reichsbanner Hof“ nicht teilnehmen konnten, werden dringend ersucht, sich heute, Dienstag, abends 7 Uhr , im „Reichsbanner Hof“, Reichsbanner Str. 147, einzufinden. Der Werksausschuß.
Achtung, KCC, Bauernstraße! Morgen, Mittwoch, nachm. 4 Uhr, bei Carve, Polstr. 17, Fraktionsversammlung aller SPD-Genossen. Erscheinen oder dringend notwendig! Der Fraktionsvorsitz.
Achtung, 2. Höhe, Kunitzstraße! Fraktionsversammlung aller SPD-Genossen morgen, Mittwoch, 4½ Uhr, bei Triller, Reichsbannerstr. 7. Semowohlfrühstück und einladen. Der Fraktionsvorsitz.
Achtung, graphische Gewerkschaft! Morgen, Mittwoch, 7½ Uhr, nachm. 1½ Uhr, bei Franziska, Familienstr. 10, Fraktionsversammlung (Bericht über die Betriebsratsarbeit, Beschlüsse, etc.). Der Betriebsrat.
Achtung, SPD-Kammer! Am Donnerstag, 23. August, abends 7½ Uhr, bei Chausse, Kommandantenstr. 66, Fraktionsversammlung aller SPD-Kammer. Sehr wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Der Fraktionsvorsitz.

Gewerkschaft Deutscher Volkswirtschaftler im KCC, Bezirksverband Berlin: Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, Volksversammlung im Berliner Stadthaus, Rollockstraße, Zimmer 111. 1. Der sozialistische Arbeiterbund (Referat im Propagandabereich). 2. Die Arbeiter der Kammer der SPD. 3. Der Internationale Arbeiterkongress in Berlin. — Ein Anschlag hatan Arbeitseinsatz in 11 sozialistische Einzelstellen. Tagesordnung: Der Propagandabereich und die Kulturarbeit. — Der Besuch der Lebensgemeinschaft (Scharfberg) findet Freitag, den 5. September, vormittags, statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin, E. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III.
Achtung! Alle Kameradschaftsführer am Dienstag, den 26. August, abends 8 Uhr, zur Führerbesprechung im Reichsbanner „Am Seidelberg“ (Bismarckzimmer), Reichsbannerstr. 147/149. — **Kameradschaft „Hilfswort“** Jugendsgruppe! Mittwoch, den 27. August, abends 8 Uhr, Eingang bei Aulla, Scherndorf, Kammernstr. 6. — **Kameradschaft „Eisenhut“**, 16. Kreis, Dienstag, den 26. August, abends 7½ Uhr, bei Günter, Köpenick, Schönländer Str. 4, Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht aller, zu erscheinen.

Aus der Partei.

Ludwig Kauf gestorben. Am Montag früh ist einer der ältesten Volkshelden der deutschen Sozialdemokratie, Ludwig Kauf, gestorben. Kauf war 1863 geboren und wirkte hauptsächlich im Kladnauer Kohlen- und Industriebezirk, wo er sich einer großen Popularität erfreute.

Berichterstatter für Politik: Ernst Krüger; **Wirtschaft:** Walter Calverna; **Gewerkschaftsbewegung:** Reichel, Ostern; **Reiseleiter:** A. H. Wälder; **Kollekte:** Sontheimer; **Freie Arbeiter:** Anzeigen; **Th. Glöck:** sämtlich in Berlin. **Verlag:** Bornhagen-Berlin G. m. b. H., Berlin. **Druck:** Bornhagen-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. **Stets 2 Beilagen.**

HEVITAN Vitamin-Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher
Erwährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben in Asylen und Orogenen, sonst direkt von der **Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.**

Sophien-Säle Saal frei für Versammlungen, **Sophienstr. 17**
Vereinstischstellen: Norden 9298

Der Streikparagraf der Reichsgewerkschaft.

Der Reichsverkehrsminister hatte von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -anwärter in ultimativer Form die Streichung des Streikparagrafen aus deren Satzungen verlangt, da sonst die Gewerkschaft bei den Verhandlungen mit der Regierung nicht mehr als verhandlungsfähig betrachtet werden könne. Daraufhin hat der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft beschlossen, den betreffenden Paragrafen, in dem es hieß, daß die Beamtenschaft „mit allen gewerkschaftlichen Mitteln“, also auch durch Streik, vorgehen könne, dahin abzuändern, daß der betreffende Abschnitt der Satzung jetzt den Zusatz erhalten hat: „Mit allen verfassungsmäßigen gewerkschaftlichen Mitteln.“ Am Freitag soll diese Abänderung der Satzungen durch den erweiterten Vorstand sanktioniert werden.

„Kein kommunistischer Verband“.

Der kommunistische Land- und Waldarbeiterverband, gedacht als Gegenorganisation gegen den Deutschen Landarbeiterverband, ließ in seiner Zeitschrift „Freie Landpost“, Nr. 1, durch seinen Vorsitzenden Unfried mit Entschiedenheit die Behauptung zurückweisen, er sei eine von der kommunistischen Partei abhängige Organisation. Wörtlich heißt es dort:

„Kollege Unfried führte dann aus, daß der Verband der Land- und Waldarbeiter, der nur im Kampfe um die Demokratisierung des Deutschen Landarbeiterverbandes (!) entstanden sei, von den DDB-Bureaus und den Gutsherrn als ein kommunistischer Verband verkannt werde. Der Verband der Land- und Waldarbeiter sei kein kommunistischer Verband, er sei auch

nicht der RGG, angeschlossen, sondern er sei eine freigewerkschaftliche Organisation, die nur rücksichtslos die Interessen der Landarbeiter vertrete.“

Diese Erklärung wird lägen gestraft durch folgende Mitteilung: Berlin, den 23. Juli 1924.

In den Verband der Land- und Waldarbeiter Deutschlands.

B. G. 1 Wir haben zu eurem Antrag, euch monatlich einen festen Betrag zu Agitationszwecken zur Verfügung zu stellen, Stellung genommen und beschloßen, dem Antrag nicht stattzugeben, sondern den gegenwärtigen Zustand, nach dem Gen. Georgi den vorhandenen Fonds verwalte, und euch von Fall zu Fall Geld zur Verfügung stellt, aufrechtzuerhalten. Nach Mitteilung des Gen. Georgi habt ihr im Monat Juni 1924, im Monat Juli 1924 2000 Mark erhalten. Auch wird die gesamte Auflage eurer Zeitung bezahlt. Eine weitergehende Unterstützung eurer Organisation durch uns ist in Anbetracht der äußerst mangelhaften finanziellen Lage der Abteilung unmöglich. Ihr müßt also versuchen, euch entsprechend einzurichten. Zur Frage der ehrenamtlichen Weiterführung der Geschäfte des ersten Vorsitzenden durch den Genossen Unfried wird die Abteilung in der nächsten Sitzung Stellung nehmen. Bis dahin bleibt es bei dem gegenwärtigen Zustand.

Mit kommunistischem Gruß
Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschland,
gez. Unterschrift.

Nach dieser Mitteilung ist jeder Streit über die angebliche parteipolitische Unabhängigkeit des Land- und Waldarbeiterverbandes überflüssig. Der Verband steht, wie wir von Anbeginn seines Wirkens

Zuverlässige Helfer

für die Hausfrau und alleinstehende Personen sind **MAGGI-Suppen**. Rasch und bequem, ohne Umstände, lediglich durch Kochen mit Wasser stellt man aus ihnen wohlschmeckende, nahrhafte Suppen her. 25 Sorten wie Eier-Sternchen, Eier-Nudeln, Erbs, Königin, Ochsenschwanzart, Pils, Reis mit Tomaten, Tapioka echt usw. bieten angenehme Abwechslung. Man achte auf den Namen **MAGGI** und die gelb-rote Würfelpackung.





Die Klage über die unerträgliche Rauchplage, die die kohlenverfeuernde Industrie mit sich bringt, ist nicht nur so alt wie diese Industrie selber, sondern sogar noch viel älter.

Kohle in der Luft.

Die Folgen konnten nicht ausbleiben, die berühmten Londoner Nebel, von denen ein guter Beobachter sagt, daß sie sich wie eine dicke Erbsensuppe über die Stadt legten, sind sozusagen eine Kreuzung des natürlichen Nebels mit dem Steinkohlengas.

um ganz gewaltige Beträge. Die Schote eines großen Wertes landen tagtäglich viele hundert Tonnen (zu 1000 Kilogramm!) Flugasche in die Luft. Da steckt ein riesiger Geldwert drin.

Elektrizität als Rettung.

Nun machte sich denn die Technik energisch an die Lösung des Problems, nachdem alle früheren Versuche, durch Verbrennung des Rauches zu verhindern, kein Ergebnis gehabt hatten.

um die Rückgewinnung der großen Werte, die die Gase mit sich führen. Da der Elektrizitätsverbrauch einer solchen Anlage minimal ist, ist ihre Wirtschaftlichkeit außer Zweifel, so daß wohl damit gerechnet werden kann, daß bald die meisten Kohle verbrennenden Fabriken, vor allem die Elektrizitätswerke, damit versehen sind, dann würden die Großstädte wirklich einmal rauchfrei werden und die Stadtkinder würden wohl nicht mehr so bleich aussehen wie jetzt noch recht oft.

Die Hungerwüste.

„Durch Erhängen nahm sich das Leben...“, „Selbstmord durch Leuchtgas verübte...“, „In die Sproce geprüngeln ist...“ Täglich mehrere solcher Meldungen. Und der Refrain ist bei fast allen der gleiche: „Nahrungsjorgen.“

Berliner Möbelmesse.

In der Hochstut der Messen, die sich zurzeit über Berlin ergießt, gibt es jetzt eine Möbelmesse, die die Ausstellungshalle am Kaiserdamm in einer sehr übersichtlichen Ordnung erfüllt.

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Am nächsten Morgen klaubte Willi Invaliden und Richttuer von den Straßen auf und wählte unter ihnen die zuverlässigsten mit tündigem Blick und unerbittlicher Strenge. Da er nur wenig geeignetes Material fand, schaute er den weiten Weg zum Altersversorgungshaus auch nicht.

der Gedanke gekommen war, nach Südamerika auszuwandern, begann er überall zu erzählen, daß er fünfzehn Jahre in Brasilien und malte das Land so wunderbar, daß er immer stillen um dmalte das Land so wunderbar, daß er immer stärkere Sehnsucht verspürte, auszuwandern.

in die ewigen Jagdgründe ab. Eine neue Kundschaft, junge Leute und frischgeschminkte Mädchen, begann der Alten Plätze einzunehmen. Der Inhaber ließ eine Wand durchstoßen und machte aus zwei stillen Zimmern ein lautes.

(Fortsetzung folgt.)

Bestallungsweise erkennen lassen, stehen Erzeugnisse vornehmlicher und reicherer Art, edle Schöpfungen handwerklicher Kunst, hochwertige Erzeugnisse des Berliner Gewerbeselbstes. Ferner finden wir auf der Messe — allerdings in beschränkter Zahl — alles, was zur Ausgestaltung eines behaglichen Heims gehört. Daneben sollen den Ausstellern und den die Messe besuchenden Fachleuten die Industrien, deren Erzeugnisse zur Herstellung und Fertigstellung von Möbeln dienen, viel Neues und Guutes für eine rationelle Betriebsführung zeigen. — Der Besuch der Messe, die bis zum 31. August geöffnet ist, bleibt, zur strengen Durchführung des Messgedankens, nur den Fachleuten vorbehalten.

Ein „Meineid“.

Um einen Anzug und eine Taschenuhr.

Ein Erbschaftsstreit, bei dem sich Vater und Stiefsohn als erbitterte Feinde gegenüberstanden, lag der Anklage wegen Meineides zugrunde, die gestern gegen den Gastwirt Otto Willner vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung gelangte und den Angeklagten um ein Haar ins Zuchthaus gebracht hätte. Paul Testament hatte Frau Willner ihren Sohn aus erster Ehe zu einem Drittel, ihren zweiten dagegen zu zwei Dritteln ihres Vermögens als Erbe eingesetzt. Darüber entstanden nun zwischen Vater und Stiefsohn schwere Differenzen, die schließlich dazu führten, daß der Stiefsohn seinem Vater den Offenbarungseid über das Vermögen der Mutter sowie über dasjenige zu schwören. Wie so viele andere, vergaß nun der 67 Jahre alte Mann in der großen Aufregung vor Gericht, in dem Verzeichnis über sein Vermögen das anzugeben, was er auf dem Leib trug. Er vergaß nämlich seinen Jacketanzug und seine Taschenuhr. Außerdem hatte er unterlassen, einen in der Reinigungsanstalt befindlichen Gehrod anzugeben. Zu seinem Schaden unterließ er es, das Vermögen nachzuholen, obwohl er von dem Stiefsohn darauf aufmerksam gemacht wurde. Dieser Vorgang hatte dann die Anklage wegen Meineids zur Folge. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für völlig schuldig und beantragte gegen ihn ein Jahr sechs Monate Zuchthaus sowie fünf Jahre Ehrverlust. Das Gericht nahm jedoch nur Fahrlässigkeit als vorliegend an und erkannte auf sechs Monate Gefängnis. Außerdem billigte es ihm eine Bewährungsfrist zu.

„Kämmelblättchen“ am Wannsee.

Seit einiger Zeit hatten sich in den Waldungen an der Krummen Lanke und am Wannsee „Kämmelblättchen-Wänter“ niedergelassen, die die Dummen, die immer noch nicht alle werden, aufs gründlichste rupfen und ausplündern. Die „Unternehmer“ ließen sich auf dem „grünen Rasen“ nieder und luden durch allerlei Tricks — nicht zuletzt durch Schmeichelei beiderlei Geschlechts — die spielsüchtigen Spaziergänger an. Und man muß sagen, daß sie ganze Arbeit machten. Es sind Anzeigen eingegangen, nach denen manchen der Ausgeplünderten 200 bis 300 M. abgenommen worden sind. Schritt die Polizei ein, so war der „Unternehmer“ der harmloseste Mensch der Welt. Das erbeutete Geld hatte er bereits einem der Mädchen zugesteckt, das schmeichelt damit verschwand. Jetzt endlich gelang es der Behörde der Kriminalpolizei nach sorgfältigen Vorbereitungen, nicht weniger als acht solcher fliegenden Spielbankhalter an der Krummen Lanke und am Wannsee samt ihrem weiblichen Anhang festzunehmen.

Eine interessante Ausstellung.

Die Liebe zum Leben und zur Natur ist die erste Voraussetzung zum sozialistischen Menschen. Die Arbeiterparteien bemühen sich, die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, um dieses Ziel zu erreichen zu können, zu schaffen, aber auch den rein idealen Hilfstruppen gehört unsere Unterstützung und unsere Sympathie. Wirklich wertvolle praktische Arbeit leistet hier der über das ganze Reich verbreitete Verband deutscher Aquarien- und Terrarienvereine, dessen Berliner Tochterorganisation Amphibia alba e. V. vom 24. bis 31. August in den Räumen der Brauerei auf dem Kreuzberg, Börsenstr. 2-3, eine Ausstellung von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnete Ausstellung von Aquarien und Terrarien durch die ausschließliche Unterstützung ihrer Mitglieder veranstaltet. Neben besonnt man ein Stück herrlicher Natur mit fabelhaften Pflanzen, Sackentomien und Gekröchten, selten wird aber auch ein Unternehmen soviel Freude und Interesse auslösen wie dieses. In kleinen und großen Aquarien sieht man zwischen Pflanzen, Sand und Steinen alles mögliche Gekröchte lustig fradeln und schwimmen; Fische und Insekten aus allen Zonen der Erde sind zu bewundern und zu studieren. Jede Zuzählung würde zu weit führen, aber

Eine neue Reichstagswahl

wird in den nächsten Wochen schon erfolgen, weil die deutschnationalen Volksvereiner durch Ablehnung des Londoner Vertrages gleichzeitig auch die

Auslandskredite für die Industrie ablehnen

In ihrer gewissenlosen Unverschämtheit wollen jene Drahtzieher der Volksauspönerung zur weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitragen

Das muß durch härtesten Kampf verhindert werden. Freiwillige Beiträge für den Berliner Kampffonds zahle deshalb jeder, der es irgend kann, schnell und reichlich auf Postfachkonto Berlin, Nr. 48 743 an Alex. Pagels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

besonders erwähnenswert ist noch eine lehrreiche Sonderausstellung von zum Teil zum ersten Male öffentlich gezeigten Film- und Seelenbildern des wissenschaftlichen Kunstmalers Paul Hinderberg. Auch finden täglich abwechselnd reichhaltige Lichtbildervorträge und Filmvorführungen der Deutschen Lichtbildgesellschaft statt. Zu hoffen ist, daß die vielseitige Ausstellung mit ihren wichtigen Nebendarbietungen dieser von Alkohol und Rummelplatz wegführenden Liebhaberei auch recht viel Freunde aus Arbeiterkreisen erwerben wird, denn „Wissen und Erkennen sind die Freude und die Berechtigung der Menschheit“ und eine Notwendigkeit für den kämpfenden Proletariat.

Die „Typographia“, Gesangsverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, veranstaltet am Dienstag, den 26. August, abends 7-8 Uhr, auf dem Mariannenplatz, am Haupteingang des Krankenhauses, ein öffentliches Konzert.

Ein Berliner Flugzeug abgestürzt.

Das Flugzeug 149 der Aero-loyd-Kriegsgesellschaft ist gestern gegen mittag infolge Gewitterböen auf der Fahrt von Berlin nach Hof in der Nähe von Wittenberg abgestürzt. Der Führer des Flugzeuges, Schmilisch-Berlin, wurde schwer verletzt in das Wittenberger Krankenhaus gebracht. Der Passagier ist nur leicht verletzt worden. Das Flugzeug verbrannte.

Bruch eines Staudamms.

Schwere Hochwasserschäden bei Königsberg. Bei der Mühle Adlig-Kenendorf, an der Chaussee Königsberg-Toppau, brach Sonntag morgen infolge Hochwassers der Staudamm am Wahlensee in einer Breite von etwa 100 Meter. Die Wassermassen ergossen sich in das Land und rissen die Stallgebäude der Mühle fort. Pioniere der Königsberger Garnison sind an der Unglücksstelle zur Hilfeleistung ein-

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 26. August. Tageseinteilung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichten. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbüro. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.06 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenberichte. 6.30-7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Puppentheater). 7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Egon Jacobsohn: „Ich bin eingeladen“. 8.10 Uhr abends: Vortrag des Herrn Regierungsrats Dr. Zacher, Vizepräsident des Laboratoriums für Vorrat- und Speicherschädlinge bei der biolog. Reichsanstalt: „Schädlingbekämpfung von landwirtschaftlichen Standorten“. 9-10 Uhr abends: Konzert. 1. Sonate für Violine und Klavier, Mozart, Rudolf Duman, erster Kapellmeister an der Staatsoper Berlin (Violine) und Dr. Felix Günther (Klavier). 2. Aus Mozart auf der Reise nach Prag, Ed. Mörcke (Rezitation, Karl Zander vom Deutschen Theater, Berlin). 3. a) Melodie, für Cello, Rubinstein, b) Masurka, für Cello, Popper (Kammermusiker Karl Decher, Solist der Staatsoper). 4. Gedichte, Th. Fontane (Karl Zander, vom Deutschen Theater, Berlin). 5. Trio für Violine, Cello und Klavier, Haydn, Rudolf Duman (Violine), Karl Decher (Cello), Dr. Felix Günther (Klavier). Am Steinway-Pflögel: Dr. Felix Günther. Ansehllend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitungs- und Wetterdienst, Sportnachrichten.

gefeht. Ein mit sechs Personen besetztes Boot, das den Röhrensee überqueren wollte, kenterte. Drei Personen ertranken, während die drei anderen durch Pioniere gerettet werden konnten. Die Eisenbahnverbindung nach den Nachbarkräften sind unterbrochen. Die von Königsberg ausgehenden Eisenbahnstrecken sind mit Ausnahme der Strecke nach Labiau-Tilsit und nach Berlin am Montag vormittag infolge der Unwetterchäden gesperrt.

Eine ganze Familie ertrunken. Ein schweres Unglück ereignete sich am Sonntag gegen 6 1/2 Uhr auf dem Rhein in der Nähe von Haus Knipp. Der Kahn Nordstern wurde, als er von einem Schlepper gelöst worden war, von der starken Strömung gegen ein vor Anker liegendes Schiff geworfen. Der Anprall war so stark, daß der Kahn durchbrach und in wenigen Augenblicken sank. Der Schiffer W. Rippers aus Holland, seine Frau und drei Kinder ertranken. Die Familie befand sich während des Unglücks in der Kajüte und wurde so vom Tode überrettet. Die Bergungsarbeiten sind im Gange. Die von der Strompolizei sofort eingeleitete Untersuchung ergab bis zum Sonntag kein klares Bild von der Ursache des Unglücks.

Der Amerika-Zepplin fehlerfrei. Die Füllung des Amerika-Luftschiffes J. R. III ist gestern in Friedrichshafen beendet worden. Mit dem Probeflug wird voraussichtlich am nächsten Mittwoch begonnen werden. Die große Probefahrt über Berlin wird bis nach Schweden ausgedehnt werden.

Jugendveranstaltungen.

Copvult. Jugendheim Grünauer Str. 4. Vortrag: Gesellschaftliche, — Schulmänner II. Jugendheim: Weidliche Schule, Bismarck-Edelmannstr. 2. Diakonissenhaus: Die deutsche Lage. — Marienb. Jugendheim: Die Straße 7. Alte Schule: Diakonissenhaus. — Raabstr. II. Jugendheim: Gemeindefest am Stephansplatz. — Victoria: Heiligen und Gottesglauben. — Reußstr. III. Jugendheim: Kogalstr. 53. Diakonissenhaus: Rab und Wäbel. — Reußstr. V. Jugendheim: Schillerstr. 44. Diakonissenhaus. — Reußstr. VI. Jugendheim: Schule Ralferstraße 2. Diakonissenhaus. — Reußstr. VII. Jugendheim: Total von Ralferstr. Carmen-Schule. — Reußstr. VIII. Jugendheim: — Franzosenstr. 10. Jugendheim: Oberer Teil der Straße 7 (Bodenstr.). Vortrag: Die verschiedenen politischen Parteien in Deutschland. — Pantstr. Jugendheim: Perlestr. 32. Bismarck-Schule: Vortrag: Gemeindefest. — Schillerstr. II. Jugendheim: Gemeindefest. — Reußstr. 10. Reußstr. 10. Schillerstr. 10. Jugendheim: Reußstr. 17. Vortrag: Soz. des Wanderns. — Eranstr. Jugendheim: Reußstr. 10. Reußstr.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Montag, den 25. August. 1. Rennen. 1. Diana VII (Jah. Jr.), 2. Margot I (Hm. Schlenker), 3. Amazona (E. Traber). Toto: 29:10. Platz: 15, 18, 17:10. Ferner liefen: Hedermatte, Armida I, Bakontschigin, Flora Bingen, Willy I, Della, Nelson Jr., Arde. 2. Rennen. 1. Flamingo (Großmann), 2. Diagonale (Stöber), 3. Eulogie (Herm. Schlenker). Toto: 57:10. Platz: 24, 19, 26:10. Ferner liefen: Nora, Dichtung, Baron Rusboga, Weiser B., Lermaria, Dunajer, Karl Alexander, Adela, Angelo, Broglia, Dawson Watts. 3. Rennen. 1. Michel Angelo (H. Ringling), 2. Lucius (Ch. Wils), 3. Walter (Herm. Schlenker). Toto: 52:10. Platz: 21, 13:10. Ferner liefen: Capal, Peter Harp. 4. Rennen. 1. Karneval (E. Kauf), 2. Alerte (E. Hofer), 3. Graf (Edme). Toto: 68:10. Platz: 25, 28, 23:10. Ferner liefen: Gref II, Nimitz, Trux Roy, Althod, Schneeweitz, Ouelmehon I, Gaudige, Angelf, Waldmönig, Alkerton, Wäbel. 5. Rennen. 1. Prinz Adell (Decker), 2. Nachfalter (H. Grube), 3. Ethel Dorothy (Stöber). Toto: 60:10. Platz: 27, 27, 25:10. Ferner liefen: Gassenmeißel, Armetich J., Doriffa, Schill, Gessade, Monarch, Santel, Rebel, Humbler, Verbun. 6. Rennen. 1. Paula G. (Stöber), 2. Velschers (Hans Schlenker), 3. Suban (Ch. Wils). Toto: 46:10. Platz: 23, 12:10. Ferner liefen: Primus, Golla. 7. Rennen. 1. Räppler (H. Wils), 2. Flatterrolle (Großmann), 3. Paula Bingen (H. Schmidt). Toto: 184:10. Platz: 24, 22, 17:10. Ferner liefen: Corona, Victoria, Elie G., Willy Pilot, Alcedo G., Freitragler, Alster, Antonius, Baron Tröschel, Margarete D. Wilm, Sigismund, Tony Fandor, Walfingel. 8. Rennen. 1. Mary Rogers (Ch. Wils), 2. Delma (H. Rohrbach), 3. Gouffier Jr. (H. Rogowski). Toto: 22:10. Platz: 18, 27, 20:10. Ferner liefen: Alster, Siran, Benedikt, Baby Rosmorit. 9. Rennen. 1. Elyon (Herm. Schlenker), 2. Silbertus (H. Schulz), 3. Long Wils (E. Weh). Toto: 36:10. Platz: 12, 11, 12:10. Ferner liefen: Germania G., Ohermagda, Fürk, Heiter, Gelbeprinz I. Wetter für Berlin und Umgegend. Zeitweise aufklarend, aber noch überwiegend bewölkt ohne erhebliche Niederschläge, Temperatur wenig geändert. — Für Deutschland. Im Stillestehen noch einzelne leichte Regenschauer, überall ziemlich kühl und meist bewölkt.

Wald und Meer.

Eine Nordseefahrt von C. F. W. Behl.

Die Wälder sähen die Wälder binden, Wald hinter Wald das milde Meer, Und über Wald und Dünen lag, Die Wälder lautes hin und her.

In dieser Mittagsstimmung Gustav Falke liegen Eigenart und besonderer Reiz des kleinen Nordseebades Büsum beschlossen. Wandert man zur Ebbezeit über den altpreussisch gradlinigen Graswald am steinamungeläumten grünen Strande dieses Wälderdorfes, so schweift der schädel über eine weite lehmig braune Wüste, um erst am Horizonte den weißen Silberstrand der Nordsee zu entdecken. Dana bauen Kinderchören mit nieermüdem Eifer auf der verlassenen Meeresküste zwischen Seeestern, Tang und angefüllten Muscheltrüben feste Burgen gegen die Flut, deren Wiederkehr von zwölf zu zwölf Stunden die ganze Herrlichkeit unormherzig vernichtet. — Es gibt an sonnigen Sommertagen, wenn die frische Seebrise wehendes Gemüthsphantasie über den hellblauen Himmel jagt und fernhin über den Wattboden verweht da und dort einzelne Gestalten wie dunkle Herisbilde aufstehen, wahre Webermann-Landschaften hier zu schauen. Und die einsame Wanderung mit nackten Füßen über das Watt zwischen den Wassergeräten des geheimnisvoll neubenen Meeres, dessen salziger Atem rings die lüftdurchwärmte Luft erfüllt, ist eines wunderbaren Zauber aus, den leider allzu oft ein non der Bodenverwitterung organisierter Wälderanzunehm fernweil unterbricht. Es macht einen sehr „stimmigen“ Eindruck, wenn hübsche junge Mädchen im Badeanzug übers Watt dahermarschieren können und in mehr oder weniger falschen Tönen von sich behaupten: „Die Brigade Ehrhardt sind wir genannt.“ Auf den Strandkörben wehen neben den verschiedenartigsten Sandbühnen die Farben Schwarz-Weiß-Rot. Der Kauf einer Reichsfalke gekostet sich dafür zu einem wahren Abenteuer. Aber ich ließ nicht locker, und nun weicht die schwarzgoldene Fahne über meinem Strandkorb. Allmählich beruhigte sich die erstaunt fragenden Blicke der Nachbarn. — Es leben die nächsten!

Was, wie ich, Hese, Gland seit nahezu einem Vierteljahrhundert nicht wieder, und es schädel verändert. Der Folge Kriegshafen, eben erst mit mochearem Aufwand erbaut, ist nun schon wieder zur Trümmersstätte geworden. Die gepregten Hosenmännchen sind ins Meer gesunken, und wie ein zerfallener Eisenkranz rogen ihre Reste aus dem Wasser. Jüngste Vergangenheit wird in rasendem Tempo wie durch Jahrzehnte entzweit. Stags der hohen Felskante läuft noch der kleinere Sandbühnen, der das natürliche Aussehen der Insel auf dieser Seite zerstört und sie selber dafür vor den Zerstörungen des Meeres bewahren soll. Eine einst einsam der Flut entrogende Klippe hat nun vom Meer abgeperrt, schon die Spitze im abgeflacht und an der Schwärze eine eiserne Kreuz errichtet. Die Natur hat hier viel über sich ergehen lassen müssen, aber oben über

die üppig grünende Wiesentafel, wo fetze Schafe einsam weiden und ein Hammel mit fliegendem Beißel an seinem allzu kurzen Stride zerrt, weht brausend noch tramer der Meerwind, von freilebenden, freischwebenden Röhren durchblüht. Und in den kühlen puppenhaften Gassen und Gäßchen des Oberlandes träumen spielzeugkleine Häuser mit winzigen Gärten, in denen zwischen buntblühenden Rosenbüschen gedörrte Fische, an Schnüren aufgereiht, wie silberne Wimper im Lufthauch flattern. Helgoland blickt, so sehr es auch von der modernen Kriegstechnik benagt wird, ein einzigartiger Erdenfleck... mit seiner idyllischen Menschenbildung auf ein so grandioses Naturphänomen... Ein versteinertes Gigantenschiff... ein Zaubereiland inmitten der Meeresküste... Im Unterland, da, wo die Straße mit ihren vielen, in glücklicher Zofffreiheit lodenden Verkaufsständen zum Fesselaugzug hin leicht ansteigt, glaubt man sich in ein idyllisches Städtchen versetzt. So malerisch verwinkelt ist hier das Ganze... Nur die bleichere Heiligkeit des nördlichen Tages verleiht die Illusion... Und alles wirkt hier so aussergewöhnlich, so behutsam hingehört und sein säuberlich abgeputzt...

Einsam am Ufer des Unterlandes steht ein Denkmal Hoffmann von Fallersleben. Der hat hier vor 83 Jahren auf englischem Boden sein schwarzgoldenes Lied erfunden: „Deutschland, Deutschland über alles!“ (das heute die Bäckischen so gern dem Volke rufen möchten). Nun bildet sein Steinbild nach dem zerstörten Kriegshafen hinüber, dem Grabe eines lustspieligen Nachtraumes.

Im Wälderländer Familienbad gibt es heute kein Halten. Mannhoch stürmen die Brandungswellen heran und scheitern alles wahllos durcheinander... Die phantastischen Badekostüme sind vom wehenden Schaum überprägt... Man fühlt keinen heißen Knochen im Bade mehr, wenn man dem Bade entfliehen, im Denerlauf gegen die kalte Brise des wolkigen Tages sich wehrt... Ueber den Sand fließt eine niedliche Wasserlinie im kurzen Badebüschchen, den fröhlichen Oberbeper sanftreich in ein kostbares Pelzcape gehüllt... ein richtiges Badewesen, halb Louisastraße, halb frielische Strandvision...

Nachmittags in Kampen... Wille Sturmwindüberstegte Nordlandstimmung... Tief einstufend heige ich über die hohen sandwühlenden Dünen noch Wemungstede. Ungeklärt berannt das glückende Meer umhüllt die Küste... Bräunlich öde streckt sich das Inselland... Man denkt an die heide im „Laur“...

Ueber Hagerstraße geht es zurück. Schläfrig still liegt nun das Watt. Wenn das Schiff sich dem Lande nähert, ist es, als schwebten die wasserdurchsetzten Wäsen mit ihren wehenden Schafen heran... Eine Stunde Wartesaalhaft hält mich im Dänischen gefangen. Dann trägt mich der Zug südwärts, über Storms „groß Stadt“ hinaus.

Nacht über Büsum... Die kleinen blauen Häuser schlammern langsam zwischen Dünenbüschen... Der volle Gergrog in der „Alten Post“, wo bewährte Trinkampare wie Allencron und Trojan aus alten Rahmen niederhocken, hat mir die Eingeweide durchwärmt...

Sch stehe wieder am Hafen... Zur Hochflutzeit... Zwischen klärenden Rattern spült das Wasser hin und her mit phosphorischen Gegliger... Ueber den Himmel fließt wehlich der breite Strom der Milchstraße... Und jenseits des Graswalle flingt mir die Brandung nahe heran... Da und dort blinkern Leuchfeuer... Und aus der Ferne wehen in kurzen Abständen die Strahlensichtgebe von Helgoland gepenstlich herüber...

Theodor Zell † Dr. Leopold. Kaufe, der unter dem Namen Theodor Zell (Kurt) und populär wurde, ist in Berlin im 63. Lebensjahre gestorben. Zell hat eine große Reihe volkstümlicher Schriften verfasst, in denen er immer wieder das Tier in neuem Lichte zeigte. Er war ein Naturforscher eigener Art, keine Autorität, keine Schulmeinung bedeuteten ihm etwas. Er konnte nur eine Lehrmeisterin: die Beobachtung und Erfahrung. Er verstand Fragen zu stellen und auch dort Probleme zu sehen, wo viele achtes vorübergingen. Diese irgendwie ein systematischer Forscher zu sein — er war von Haus aus, aber von Jugend an Beobachter und Späher — hat er scharfen Sinnes uns die Eigenart vieler uns längst vertrauter Tiere erschlossen und dem Tierfreunde verlässliches Verständnis für seine Lieblinge ermöglicht. Für seine Beobachtungen wußte er dann Belege und Bestätigungen aus der Literatur zu erbringen. Siderlich hat er wie alle Eingänger manches richtig Beobachtete übersehen und überlesen, aber immer ist er anregend und erzielt er zum eigenen Nachschauen und Nachdenken. Manche seiner Formulierungen sind in den Besitz der Wissenschaft übergegangen: so seine Unterscheidung von Kalen- und Augentier oder die Leberkreuzregel. In einer Zeit, da der Mensch der Natur immer mehr entfremdet wird und keine Sinne immer weniger fragt, sind solche Wegweiser zur Natur zurück doppelt wertvoll. Zell hat schließlich auch Fingerzeige gegeben, wie seine Beobachtungen am Wildtier für die Haustierzucht praktisch verwendbar gemacht werden können. Eine Sammlung seiner zahlreichen Aufsätze, die das Geschlechtsleben des Tieres behandeln, hat er unter dem Titel „Die Diktatur der Liebe“ bei Hoffmann u. Campe gesammelt. Sein „Buch „Unser Hausiere“, das besonders geeignet ist, Liebe und Tierbeobachtung zu entwickeln, erschien im Vorwärtsverlag.

Staatliche Förderung des Gesanges. In seiner Ansprache auf dem 9. Sängerbundesfest behandelte der preussische Minister Boelke auch die Unterstützung, die der Staat der Gesangspflege zufließen lassen soll. Er wies darauf hin, daß die Schulreform dem Schulgesang und Schulmusikunterricht die eifrigste Pflege zuwenden, um auf diese Weise auch ihrerseits zur Förderung der deutschen Sängerbünde beizutragen. Auch die Fortbildungstürme zu Chor-dirigenten in den staatlichen Musikbildungsanstalten, so z. B. in der Hochschule für Musik und in der Charlottenburger Akademie für Kirchen- und Schulmusik sollten demnächst unter Heranziehung anerkannter Fachleute dezentralisiert werden. Soeben sei auch ein Rundschreiben an die Oberpräsidenten ergangen, der die Pflege des Choroereinswesens behandle und darauf hinweise, wie glücklich sich gerade auf diesem Gebiete Schule und Leben berühren. Nicht eine Ueberforderung der technischen Leistungen und der Zahl der Wettstreite sei das Ziel, sondern die Pflege des ursprünglichen schlichten Liedes, in dem sich das ganze Fühlen und Sehnen des deutschen Volkes offenbare.

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S 28, 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

- 14. Kreis, Neukölln. Öffentliche Frauenversammlung: Mittwoch, den 27. August, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Rindbrauerei, Hermannstr. 214. Thema: 'Die Schulstufen und ihre Ausrichtungen'.

Mittwoch, den 27. August: Mitgliederversammlungen und Jahrlabende in Groß-Berlin:

- 1. 8 1/2 Uhr bei Schmidt, Wilmersdorf, 11. Reichenhagenstr. 11. Mitgliederversammlung. Vortrag über 'Jugend und Aufgaben des Reichsbanners'.
- 2. 8 1/2 Uhr im Saale 5 des Gewerkschaftshauses, Engelsplatz 25. Vortrag des Genossen Dr. Krawinkel über 'Die wirtschaftlichen Grundlagen Europas'.
- 3. 8 1/2 Uhr bei Wilmersdorf, Schöneberg, 13. Vortrag des Genossen Krawinkel über 'Die Bedeutung der Arbeiterbewegung'.

Steuerbefreiung der Groß-Berliner Partei-Organisation

Am 22. August verstarb Genosse Volzsch Eilhelm, Kopenhagener Str. 13. Steuerbefreiung: Donnerstag, den 28. August, 2 Uhr, im Krematorium Göttingerstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

1. Werbe-Sportfest des Reichsbundes jüdischer Frontkämpfer. Der Reichsbund jüdischer Frontkämpfer hat am 21. u. 22. August über 400 Teilnehmer an dem Werbe-Sportfest teilgenommen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Über den 26. August, die endlich meinsten, die Bekanntheit für eine Marke mühen dem Verbraucher zu verdeutlichen. Der Verbraucher hat den Nutzen aus einer geschäftlichen Mitteilung zu ziehen.

Leichtathletik-Meisterschaften.

Unter starker Beteiligung aus zahlreichen Kreisen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschlands wurden am Sonnabend, den 23. und Sonntag, den 24. August, in Frankfurt a. M. die Leichtathletik-Meisterschaften des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ausgetragen.

Ergebnisse Sonnabend, den 16. August, nachmittags.

- 1. Jugend-Grasfahrräder, weiß, 3 x 100 Meter. 1. Freie Schwimmer, 2. 100 Meter, 3. 200 Meter, 4. 400 Meter, 5. 800 Meter, 6. 1600 Meter, 7. 3200 Meter, 8. 6400 Meter, 9. 12800 Meter, 10. 25600 Meter.

aus allen Teilen Deutschlands gut. Auch Arbeiterschwimmer aus Wien waren erschienen. Die Jugend war bei den Wettkämpfen stark vertreten und zeigte beachtliche Leistungen.

Allen Funktionären, die am Feste mithalfen, gebührt Dank, daß das Fest noch zu Ende geführt werden konnte. Aber Wassersportler, mehr proletarischen Geistes auch bei unseren Leibesübungen!

Interessante Werbe-Sportfest der Sportabteilung, Freitag, den 17. August.

Am Samstag wurde unter Teilnahme von Sportlern aus fünfzig Reichsteilen ein Werbe-Sportfest abgehalten. Die Teilnehmerzahl betrug über 1000 Mann.

Das Bundeschwimmfest in Leipzig.

Am 16. und 17. August veranstalteten die Wassersportler im Arbeiter-Turn- und Sportbund ihr Bundesfest in Leipzig. Das Fest fand leider unter einem unglücklichen Stern.

Edel wie der Name. Massary Delft 6-8. Eine Zigarette von Rang. Massary ROAL 5-8.

Sozialdemokratie und Sachverständigengeetze.

Hilferding gegen das deutschnationale und kommunistische Demagogentum.

Nach dem Führer der Deutschnationalen Abg. Hergt nahm in der gestrigen Reichstagsitzung

Abg. Dr. Hilferding (Soz.)

das Wort: Ich gebe zu, daß Herr Hergt manches gesagt hat, was dahin zu deuten ist, daß seine Fraktion ablehnen wird. Er hat selbst gesagt, wie schwer diese Entscheidung fallen wird, aber er hat unsere Frage nicht beantwortet, ob die Deutschnationale Fraktion nicht angesichts dieser Situation die Abstimmung freigeben muß.

Wenn wir heute die Entscheidung fällen wollen, dann dürfen wir nicht von einem nationalen oder einem sozialen Ideal ausgehen, das uns vorschwebt, sondern wir können nur von den realen Machtverhältnissen ausgehen. Der Herr Abg. Hergt hat sich die Sache etwas leicht gemacht. Er hat geredet, als ob die Amerikaner nicht gestiegen und nicht gesunken wären. Er hat geredet, als ob der damalige Staatssekretär der Marine, Herr v. Tirpitz mit seinen „rechtzeitig“ gebauten U-Booten die englische Flotte versenkt hätte. Er hat geredet, als ob Ludendorff rechtzeitig auf der Höhe der Dinge für Deutschland einen guten Frieden abgeschlossen hätte und als ob sich die Prophezeiung Helfferichs bewahrheitet hätte, daß das Übergewicht der Alliierten die Feinde zu trotzen hätten. Ist das die Sitte einer verantwortungsvollen Opposition?

Unsere Entscheidung kann nur abhängen von der Beantwortung der Frage, ob die Entscheidung dem deutschen Volke einen Ausweg bringt aus einer unhaltbaren Lage, und ob sie einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet. Gestatten Sie mir, mit ein paar Worten an die Lage

vor einem Jahre

zu erinnern. Damals mußte der passive Widerstand abgebrochen werden, wir hatten zum zweiten Male den Krieg verloren, wir hatten Kriegskosten, die mit fünf Milliarden Goldmark zu gering beziffert sind, die physische und moralische Widerstandsfähigkeit des Volkes war zum zweiten Male gebrochen. Alle heroischen Opfer an Rhein und Ruhr waren umsonst gebracht. Wie viele gab es denn von Ihnen auf der Rechten, die damals nicht sagten, das Rheinland ist verloren? Wer war es denn, der damals die Parole von der Verfassungsreform ausgab? Wir Sozialdemokraten waren es, die sich dieser Politik der Verweigerung mit allen Mitteln entgegen geworfen und erklärt haben: Wenn es um deutsches Gut, wenn es um das wertvollste Glied des deutschen Volkes geht, dann dürfen finanzielle Erwägungen nicht ausschlaggebend sein, dann muß dem Rheinland geholfen werden, dann dürfen wir diesen Kampf nicht aufgeben.

Unser Nationalbewußtsein geht eben dahin, daß wir, wenn es sich um einen Opfer an Gut und um ein Opfer an Land und deutschen Leuten handelt, meinen, die Opfer an Gut müssen gebracht werden, auch wenn sie noch so groß sind.

Wenn der passive Widerstand abgebrochen werden mußte, so war es für uns doch deshalb eine so furchtbare schwere Entscheidung, weil wir genau wußten, was das angesichts der damaligen Lage bedeutete.

Keiner von uns leugnet, daß die uns auferlegten Opfer im Sachverständigengezetzen schwer, vielleicht zu schwer sind. Aber was hätten wir damals zu erwarten? Ich rede da nicht von denjenigen, die der Auffassung waren, daß die Franzosen Rhein und Ruhr nie mehr herausgeben würden; ich rede auch nicht von jenen, die den Annexionsismus Frankreichs als eine unerschütterliche Tatsache behaupten. Gerade Sie wieder waren es (nach rechts), die damals so hoffnungsvoll waren. Aber wir haben ja von Poincaré selbst die Dokumente, worin er seine Politik darlegt. Während der Ära des passiven Widerstandes hat Poincaré keine Boten in London und Paris geschickt, um das unterrichtet, was zu geschehen hat, wenn Deutschland zusammengebrochen sei, wenn der passive Widerstand aufgehört haben wird. Es ist ungeheuer interessant, diese Forderungen Poincarés zu vergleichen mit den Forderungen, die jetzt an uns gestellt werden.

Damals hat Herr Poincaré verlangt, daß die Eisenbahnen am linken Rheinufer dauernd übergeben werden sollten in eine Gesellschaft, in der die Franzosen, Engländer, Belgier und, wie er höhnend hinzusetzt, Rheinländer, rheinische Separatisten vertreten sein sollen.

Dauernd sollten die Bahnen, die wir jetzt zurückbekommen, in der Hand einer solchen internationalisierten Gesellschaft sein. Poincaré legte gerade auf diesen Punkt das größte Gewicht, weil er erklärte: Das ist die eigentliche Sicherheit für Frankreich. Kein Zweifel, die Rheinländer wären politisch vielleicht nicht annerknet worden, aber diese einzige Bestimmung allein bedeutete schon die wirtschaftliche Annexion und die politische Souveränität Frankreichs über das Rheinland. Herr Poincaré forderte damals weiter als Anzahlung für die künftigen Reparationsleistungen die Expropriation und die Konfiskation einer Anzahl von Kohlenzechen, die ebenfalls in eine solche internationalisierte Gesellschaft eingebracht werden sollten. Er forderte ferner die Erhebung der Zölle in Gold, die Ablieferung an die Alliierten und außerdem 26 Dros, der Exportbesitz bei einer Anzahl der wichtigsten deutschen Industrien. Und was hätten wir bei Erfüllung dieser Forderungen erwarten dürfen? Poincaré erklärte Fortdauer der Okkupation auf unbestimmte Zeit und allmähliche Räumung nur nach Rückgabe der Zahlung der Milliarden. (Hört! Hört! b. d. Soz.)

Es steht in dem Dokument vom 23. Juni: Wenn 1-Milliarden geleistet sein werden, dann kann die erste Etappe der Räumung beginnen. Keine Teilnahme Deutschlands an den Verhandlungen.

Das war die Situation vor einem Jahre: Die völlige Verzweiflung im Innern, der völlige wirtschaftliche Verfall und eine Außenpolitik, die tatsächlich bedeutet hätte wenn nicht den politischen, so doch den wirtschaftlichen Verlust von Rheinland und Ruhr. Und wenn sich heute die Situation geändert hat, so wirklich nicht wegen des Einflusses der Deutschnationalen auf die internationale Politik. Sie hat sich geändert, weil in England der Aufstieg der Arbeiterklasse erfolgt ist, weil Macdonald und nicht mehr die konservative Regierung in England am Ruder ist und weil dieser Aufstieg der englischen Arbeiterpartei der französischen Demokratie erst die Stütze gab. Mit diesen beiden großen Tatsachen des (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit diesen beiden großen Tatsachen des Aufstiegs der englischen Arbeiterpartei und des Sieges der französischen Demokratie ist überhaupt erst eine Grundlage geschaffen worden zu Vereinbarungen, zum Zusammenritt einer Konferenz.

In diesem Augenblick, nachdem diese Vorbereitungen erfüllt sind, kommen jetzt die Deutschnationalen und sagen: Warum bringt uns nicht die englische Arbeiterpartei, warum bringt uns nicht die französische Demokratie noch über alles das hinaus, wozu sie sich verpflichtet haben, alles das, was wir nur wünschen. Sie bringt uns nicht das wegen der Schwäche der Demokratie, aber gerade Sie (zu den Deutschnationalen) sind ja diejenigen, welche überall in Deutschland wie außerhalb die größte Schwächung der Demokratie als ihr politisches Glaubensbekenntnis verleschen.

Der dritte Grund — auch das möchte ich kurz erwähnen — ist die Klemmerung der Situation in Amerika in ökonomischer und po-

litischer Hinsicht. In ökonomischer Hinsicht weiß man auch in den Vereinigten Staaten seit der Depression erkannt hat, daß die europäischen Märkte unentbehrlich sind, weil man auch in den Vereinigten Staaten erkannt hat, daß, so rasch die Expansion des Kapitals auf diesem Weltmarkt ist, sie doch die europäischen Märkte nicht entbehren können. Aber gerade diese amerikanische Lage ist nur eine vorübergehende, ist namentlich ökonomisch, durch die augenblicklich herrschende Depression bedingt, die es dem amerikanischen Bankensystem so wünschenswert erscheinen läßt, ihre überflüssigen Gelder in Europa anzulegen. Zu warten, bis die amerikanischen Bahnen vorüber sind, bis eine neue Prosperität die amerikanischen Banken ihrer ökonomischen Sorgen enthebt, das ist nicht eine Politik, die wirklich verantwortlich ist, sondern das ist ein Spiel mit den deutschen Interessen.

Wir stehen durchaus nicht an zu sagen, daß auch uns die Londoner Lösung nicht befriedigt. Sie ist keine soziale Lösung, sie ist keine Lösung vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus. Wir haben immer die endgültige Befreiung der deutschen Schuld gefordert, wir haben bei den Konferenzen von Frankfurt bis Amsterdam immer wieder erklärt, daß die deutsche Verpflichtung auf denjenigen Betrag eingeschränkt werden muß, der wirklich zum Aufbau der zerstörten Gebiete notwendig ist, alle anderen Beträge, namentlich die für die Militärpensionen, gestrichen werden müssen. Trotz aller Mängel und Fehler des Sachverständigengezetzens würde ein Scheitern nichts Besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise aufs schlimmste verschärfen.

Unter diesen Umständen ist die Durchführung des Planes heute die einzige unmittelbar mögliche Lösung.

„Unmittelbar mögliche Lösung“, das sagt bereits, daß auch wir in dem Sachverständigenplan, in dem Ergebnis der Londoner Konferenz nicht irgendeine definitive Entscheidung sehen, sondern den Anfang zu neuen Fortschritten, den Anfang auch zu neuen Verhandlungen, die die Probleme lösen müssen, die übrig geblieben sind. (Sehr richtig! links.) Aber wir sind allerdings der Auffassung, daß diese neuen Verhandlungen nur erfolgen können, wenn jetzt der erste Schritt zum Frieden gemacht wird, weil wir sonst nicht in irgendeiner absehbaren Zeit, sondern in Verhältnissen, die niemand voraussehen kann, unter viel ungünstigeren Umständen aufs neue den gleichen Weg noch einmal gehen müßten, den wir in diesen letzten schrecklichen Jahren gegangen sind. Ich habe schon gesagt, wir verkennen durchaus nicht, daß das Gutachten eine schwere Belastung bedeutet.

Wir sagen den Arbeitern auch ganz offen: Es besteht die Gefahr, daß vieles von den Lasten auf euch abgeburdet wird. Aber wir fügen hinzu: Noch nie waren eure Kampfbedingungen ungünstiger, noch nie war die Aussicht auf Erfolg geringer, nie war es schwerer, bereits Errengenes, wie den Achtstundentag, aufrechtzuerhalten, als in den schrecklichen Zeiten der Inflation. Diese Zeiten würden mit aller Sicherheit wiederkehren.

Eure Kampfbedingungen würden sich ungeheuer mehr verschlechtern, wenn jetzt wiederum dieser Versuch des Friedens zerbrechen würde, wenn wir eine neue Inflation, eine neue Schwächung der Arbeiterorganisationen, eine neue psychische Depression der gesamten Arbeiterschaft erleben müßten.

Ist es richtig, daß die Annahme des Dawes-Gutachtens eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand bedeutet? Es ist sehr merkwürdig, vor wenigen Monaten, als die Regierung noch nicht den größten Teil der Ricumlasten auf die Staatskasse übernommen hatte, da hörten wir, daß diese Lasten etwas Bärstisches seien und darunter die gesamte Wirtschaft in kurzer Zeit erliegen würde. Die Ricum-Zahlungen aus der Staatskasse haben die Industrie sehr beruhigt. Aber geben Sie uns, den Politikern, das Recht, deswegen beruhigt zu sein? Welcher Art sind denn diese Ricumlasten? Vor der Wahrung der Ricumverträge ergeben sich für Kohlen- und Kokslieferungen allein 450 bis 500 Millionen Goldmark. Dazu kamen 260 bis 300 Millionen aus der Kohlensteuer, außerdem die Belastungen aus Braunkohle, Eisen, Farben, Düngemitteln usw. Ferner die Zollabgaben und Verbrauchsabgaben an der belebten Westgrenze, etwa 300 Millionen jährlich, die uns entgingen. Dazu kamen die Ausfuhrabgaben und Zwischengölle, etwa 100 Millionen. Dazu kam der Ausfall aus der Reichseisenbahn. Wenn ich bloß diese Zahlen zusammenrechne, so ergibt sich daraus die Last von mindestens einer Milliarde Goldmark allein aus den Ricumverträgen. Schließlich oder bedeuten diese Ricumverträge und die Zollabgaben eine Verkeuerung der Produktionskosten der gesamten Wirtschaft. Steigende Konkurrenzunfähigkeit auf dem internationalen Weltmarkt. Es ergibt sich also ein Vielfaches der von mir angegebenen Zahlen, wenn wir die Ricumverträge volkswirtschaftlich richtig werten wollen. Aber auch damit sind die Lasten noch nicht erledigt. In den Haushaltsplan sind für die Ausführung des Friedensvertrages für Befehlshabskosten, Kommissionen usw. 640 Millionen Goldmark eingelegt. Wir haben in dem ersten Halbjahr, vom 1. Oktober bis 31. März, bereits rund 450 Millionen für die Ausführung des Friedensvertrages ausgegeben. Die Regierung hatte dem Auswärtigen Ausschuss versichert, daß diese Lasten jährlich eine Milliarde ausmachen.

Wir bezweifeln also augenblicklich ohne irgendeine Unterstützung durch eine Anleihe, ohne irgendeine Sicherung für die Zukunft mehr als 2 Milliarden im Jahre.

Wer zweifelt daran, daß, wenn die Londoner Vereinbarungen scheitern, diese Drossel der Ricumverträge sofort zugeschnürt wird und dann tatsächlich nach den Plänen, die in Frankreich fertig in den Archiven liegen, das Rhein- und Ruhrgebiet noch ganz anders zur Reparationsprovinz gemacht wird. Es ist also wirklich eine Demagogie, die nur bei der großen politischen Verwirrung in Deutschland möglich ist, wenn Herr Hergt sich hier hinstellt und sagt, es geht uns jetzt so gut, also lehnen wir ab. Die Stellungnahme der Deutschnationalen ist um so interessanter, als sich der Dawes-Plan vorteilhaft von dem Angebot der Regierung Cuno unterscheidet, das nie überreicht worden wäre, wenn die Regierung Cuno nicht die Zustimmung der Deutschnationalen dafür gehabt hätte. Was bedeutet das Angebot der Regierung Cuno? Zum erstenmal ist damals den Alliierten von deutscher Seite die Möglichkeit entgegengebracht worden, und zwar wiederum zum erstenmal die Verpfändung der Eisenbahn. 10 Milliarden sollten als Pfand auf die Eisenbahnen gelegt werden, 10 Milliarden sollte die Wirtschaft aufbringen, und die Zölle und die indirekten Steuern, die jetzt aus dem Dawes-Plan hatten sollen, wurden damals ebenfalls halbiert gemacht, und ihr Ertrag wurde unter Verpfändung auf den Friedensvertrag auf 800 Millionen angegeben.

Damals waren wir Sozialdemokraten die einzigen, die in den Vorbereitungen die Regierung Cuno dringend gewarnt haben, die Eisenbahn zu verpfänden.

Wir haben das getan, weil wir fürchteten, daß diese Verpfändung der Eisenbahn wie jede Verpfändung eine Kontrolle nach sich ziehen würde. Damals hat die Regierung Cuno zweierlei erwidert: einmal ständen die Sozialdemokraten mit dieser Warnung allein, zweitens sei ohne eine Verpfändung der Eisenbahn keine amerikanische Anleihe zu haben, die Verpfändung sei unbedingt notwendig, wie man aus der ganzen Psychologie, die in Amerika auf dem Kapitalmarkt herrsche, erkennen konnte. Ich wiederhole: Gerade

uns ist es am allererschwersten geworden, uns dem Zwange zu fügen, daß die Eisenbahn als Pfand gegeben werden sollte.

Das Angebot Cuno bedeutet insgesamt ein Angebot von 1800 Millionen, aber nur als Reparationszahlung. Alle anderen Kosten aus dem Friedensvertrage blieben bestehen, so daß das Angebot der Regierung Cuno eine Summe von über 2½ Milliarden jährlich bedeutet.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aber die Herren Deutschnationalen, die Herren Bäckischen folgen uns, das Materielle ist nicht das Entscheidende, aber die Einschränkung der Souveränität. Und Herr Hergt hat uns hier gesagt, daß das Erschütterndste für ihn die Finanzkontrolle war, die jetzt über Deutschland errichtet werden soll. Ich bin außerordentlich erleichtert, daß Herr Hergt heute noch nicht von der weit aus erschütternderen Tatsache Kenntnis genommen hat, daß wir seit Annahme des Londoner Klimatums unter einer viel härteren, unter einer viel öfteren Finanzkontrolle gestanden haben. (Sehr richtig! links.) Ich verstehe nicht, wie man das nicht wissen kann. Unter den Reichstagsdrucksachen finden wir den ganzen Schriftwechsel zwischen dem Garantiefomitee und der deutschen Regierung. Das Ergebnis war, daß das Garantiefomitee das Recht zugestanden erhalten hat, über alle Befehle und Verordnungen sofort Vorlage zu bekommen, bei Befehlen gleichzeitig mit der Vorlage an den Reichstag, daß dem Garantiefomitee zugestanden ist, die vollständige Kontrolle der Ausgaben und aller Einnahmen, dazu das Vorschlagsrecht für alle finanziellen Maßnahmen. Es gab einige Herren, die darüber im Auswärtigen Ausschuss sehr erstaunt waren und meinten, das sei nicht wirksam geworden. Diese Dinge sind so wirksam gewesen, daß zum Beispiel das Garantiefomitee die Richtlinien für den Gesetzentwurf über die Kapitalflucht damals in Deutschland bis ins einzelne vorgeschrieben hat. (Hört! hört! links.)

Der Rechtszustand und der tatsächliche Zustand, wie er bis zum vollständigen Verfall unserer Währung und unseres Budgets geworden ist, ist der, daß das Garantiefomitee, d. h. die Reparationskommission, eine vollständige, uneingeschränkte Finanzkontrolle über das deutsche Reichsbudget, über die deutschen Länder und die deutschen Kommunen hat. Und nun ist Herr Hergt erschrocken, weil diese Finanzkontrolle eingeschränkt, abgebaut und im wesentlichen beseitigt wird.

Sie wird beseitigt: Keine ausländische Instanz hat sich mehr in die Ausgaben des Deutschen Reiches einzumischen. Sie wird beseitigt: Keine einzige der direkten Steuern unterliegt einer auswärtigen Kontrolle. Die Finanzkontrolle wird beschränkt auf den richtigen Eingang der verpfändeten Zölle und Steuern. Sie wird in einer solchen Weise beschränkt, daß man sagen kann, daß nach allem menschlichen Ermessen die Finanzkontrolle über Zölle und über die indirekten Steuern nie wirksam werden kann, weil sie selbst jetzt, bei dem Tiefstand unserer wirtschaftlichen Situation, die Einnahmen aus den Zöllen und verpfändeten Steuern größer sind als die Summe, die abzuführen ist, größer als die 1250 Millionen, die solange diese Einnahmen fließen, irgendeine Wirksamkeit der Finanzkontrolle überhaupt ausgeschlossen ist. Ich habe schon gesagt, die Regierung Cuno war es, die mit deutschnationaler Zustimmung die Eisenbahn als Pfand angeboten hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Androhung eines Pfandes an das Ausland zugleich bedeutet die Kontrolle dieses Pfandes und den Verfall des Pfandes bei Nichterfüllung. Etwas anderes bedeutet Pfand nicht. Kein einziger, der an den Verhandlungen mit der Regierung Cuno teilgenommen hat — und die Deutschnationalen waren die einzigen — konnte zweifeln, daß diese Verpfändung und damit zugleich die Kontrolle angeboten ist. Aber wie steht jetzt die Sachlage bei der Verpfändung der Eisenbahn? Wir haben seither gegen die Sinnlosigkeit der Reichsbahnen gekämpft, von einer Unterführung der Deutschnationalen haben wir damals aber nicht das geringste bemerkt. (Zustimmung b. d. Soz.) Dabei bestand damals schon der Plan, die deutschen Eisenbahnen nach der Sinnlosigkeit in ein großes mitteleuropäisches internationales System einzufügen. Jetzt besteht über zweierlei Dinge Gewißheit.

Erstens bleiben die Reichsbahnen Eigentum des Reiches. Sie werden nach dreißig Jahren wieder frei.

Zweiter können wir verküpfen, wenn wir die Obligationen dieser Züge oder die Aktien zurückkaufen. Die Lachhöhe des Reiches ist außerordentlich weit gesichert. Die Lösung, die für eine Notendruck für eine Discontobank gefunden worden ist, läßt auf der anderen Seite absolut sicheren und genügend freien Spielraum zu. Die Transferbestimmung sieht vor, daß alle deutschen Zahlungen nur in deutscher Währung geleistet zu werden brauchen; ihre Uebertragung ins Ausland kann nur erfolgen, wenn keine Erschütterung der deutschen Währung erfolgt. Diese Bestimmung ist die beherrschende des ganzen Gutachtens. Würden die zu zahlenden 2,5 Milliarden eine übergroße, unerschwingliche Last sein, dann müßte sich das letztere äußern in einer Erschütterung unserer Währung, was nach den Bestimmungen des Gutachtens zur Folge haben würde, daß weitere Zahlungen ermäßigt oder eingestellt werden. Durch die Transferbestimmungen haben wir die Möglichkeit, in dem Moment, in dem die Währung erschüttert ist, sofort eine Herabsetzung unserer Last zu verlangen. Hier ist die Basis für neue Verhandlungen geschaffen. Das Gutachten ist daher die Grundlage für die Fortsetzung der Friedensarbeit, die für uns nicht mit dem Ende der Annahme aufhört. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das wird eine Arbeit auf Jahre und Jahrzehnte hinaus sein, bis die Völker verstehen, ihr politisches Geschick selbst zu beherrschen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Pflicht derjenigen, die das Gutachten ablehnen, ist es, uns einen anderen Weg zu zeigen. (Sehr richtig.) Das deutsche Volk hat nicht die geringste Bedeutung darüber gehört, wie sich Herr Hergt den anderen Weg vorstellt. Derjenige handelt nicht als Führer einer verantwortungsvollen Opposition, der uns diesen Weg nicht zeigen kann. (Sehr wahr!)

Unsere Wirtschaft hält sich gegenwärtig nur deswegen überhaupt in Bewegung, weil etwas über 1½ Milliarden kurzfristige Kredite in Deutschland arbeiten, die bei einem Scheitern des Dawes-Gutachtens zurückgezogen werden. Dann bekommen wir einen absoluten Stillstand unserer Wirtschaft wie vor einem Jahre. Nicht nur die Regierungen der anderen Staaten, die gesamte öffentliche Meinung der Welt werden wir gegen uns bekommen, wenn die Verständigung jetzt an unserem Widerstand scheitert. Die Isolierung, in die wir geraten, würde uns nicht nur die Verhandlungsbereitschaft in London und Paris kosten, sondern auch jede amerikanische Unterstützung für lange Zeit unmöglich machen. Die deutsche nationale Außenpolitik bedeutet ein Hinfälligwerden, bei dem der Einfluß nicht weniger ist als die Integrität Deutschlands und die Rheinprovinz.

Die Stellung der Kommunisten — der Deutschen und der Französischen — wird stark beeinflusst durch die Meinung jener Abteilung der russischen Regierung, die unter dem Pseudonym „Kommunistische Internationale“ bekannt ist. Die russische Regierung hat eher Aussicht, gewisse Zugeständnisse und gewisse Anleihen zu bekommen, wenn der Zwiespalt zwischen den Westmächten und Deutschland offengehalten bleibt, als wenn ein vernünftiger europäischer Zustand hergestellt wird. Die Deutschnationalen können sich nicht beklagen, daß die Regierung für die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Anhänger nichts getan hat. Die

Reichsbank hat der deutschen Landwirtschaft 800 Millionen Kredite gegeben, die Preußen um weitere 200 Millionen vermehrt hat. Um den Deutschen ihre Politik zu erleichtern, hat die Mehrheit des Kabinetts auf beschleunigte Verabschiedung der Zollvorlage gedrängt. Wir hoffen und wollen, daß auch die Deutschnationalen so viel Verantwortungsgefühl zeigen, um zur Annahme des Gutachtens zu kommen. Aber der Preis des Bürgerblods wäre uns doch zu hoch für diese Annahme, da er das ganze Friedenswerk gefährdet.

Deutschnationale Gewaltpolitiker in der Regierung müssen das schärfste Mißtrauen aller Völker, aller demokratischen und sozialistischen Parteien hervorrufen.

Durch den Bürgerblod wird das Friedenswerk auch wirtschaftlich gefährdet. Eine Regierung des Bürgerblods würde in die kommenden handelspolitischen Verhandlungen nicht den Handelsgeist, sondern den Hochschulzollgeist hineinbringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In London, wo die Schwerindustrie stark vertreten gewesen ist, scheinen manche Schwerindustriellen die Auflassung zu haben: Lieber zehn Wochen Besetzung länger als zehn Pfennig Eisenzoll weniger. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das Rationalbewußtsein? Wir werden großen Wert darauf legen, daß das politische Friedenswerk nicht gestört wird durch Ueberbrennung wirtschaftlicher Sonderinteressen.

Wenn die Deutschnationalen nicht annehmen, dann hat der Reichstag gezeigt, daß er arbeitsunfähig ist, daß er ewig muß. Dann brauchen wir den Wahlkampf, damit diese eruste und wichtige Entscheidung vom Volke selbst gefällt wird. (Beifall Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dann muß die Demokratie angewandt werden, auch damit sie das Volk gebrauchen lernt. Die Parteien sind festgerannt, dieser Reichstag spiegelt die wirkliche Meinung des Volkes nicht wider. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er muß verschwinden. Wir wollen den Kampf für die Festigung der politischen Demokratie, für die wirtschaftliche Demokratie, für den Sozialismus, vor allem aber jetzt den Kampf für den Friedensbund der freien und demokratischen Nationen. Und wir werden siegen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Haas (Z.): Meine politischen Freunde haben sich im Auswärtigen Ausschuss eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Aus den Ausführungen der Regierung habe ich den ehrlichen Willen entnommen, dem deutschen Volke die Wahrheit zu sagen. Die Opposition hat keine positiven Vorschläge gemacht. Trotz schwerster Bedenken werden wir uns doch entschließen, die Haltung der Reichsregierung zu billigen und die Gehehe zur Durchführung des Londoner Abkommens anzunehmen. Denn ein Nein bedeutet jetzt eine außenpolitische Unmöglichkeit, eine Zerschlagung unserer Wirtschaft und eine Preisgabe des besetzten Gebietes. Der Ausgangspunkt des Dames-Gutachtens, des Londoner Abkommens, darf nicht vergessen werden. Die Erklärung vom 7. Juni 1923 durch die Regierung betreffend das Einverständnis Deutschlands mit einem Sachverständigen-Gutachten über die Leistungsfähigkeit Deutschlands. England steht auf dem Boden dieses Gutachtens, Amerika, das endlich aus seiner Verhargie geweckt werden konnte. Und auch in Frankreich ist jetzt eine andere Richtung maßgebend als der Boincorismus. Können wir das Obitum der ganzen Welt tragen, wenn Deutschland in diesem Augenblick mit einem „Nein“ herauskommt? Wir denken nicht daran, die Rechtslage verdunkeln zu lassen, wir halten fest an unserer bisherigen Haltung und Ueberzeugung in der Räumungsfrage. Die Besetzung muß zurückgezogen werden in demselben Augenblick, in dem eine andere Regelung der Reparationsfrage erfolgt. Mit Entrüstung sehen wir, wenn die englische Regierung in der Räumungsfrage aus ihren bisherigen Fundgebungen nicht die praktische Forderung zieht. Trotz aller Unerechtigkeiten des Augenblicks scheint sich doch

ein Wendepunkt in der internationalen Politik zu zeigen, ja, er ist schon eingetreten. Unsere Sache ist es, diese Entwicklung nicht zu stören. Und wir glauben, die Folgen einer Ab-

lenkung für die besetzten Gebiete nicht verantworten zu können. Der Redner erinnert vor allem an die Sehnsucht der Ausgewiesenen, an die Räumung des Ruhrgebietes und an die Seiten des abbesetzten Gebietes, das die Lasten der Besetzung noch für ein Jahrzehnt vor sich hat. Wir lehnen es ab, diese Folgen einer Ablesung weiter zu tragen, die sich ganz von selbst und ohne Ihren Willen (nach rechts) daraus ergeben würden. Die einzige, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten wahrhaft vaterländische Parole ist Erziehung der Spezialländer des besetzten Gebietes durch die Generalpländer des gesamten Vaterlandes. (Lebhafte Beifall i. Z.)

Der vom Abg. Hertz angebotene Barolo bezüglich der Wiederherstellung des Rechtszustandes im abbesetzten Gebiet schließen wir uns voll an. Das in London auf diesem Gebiete Erreichte darf nur ein Anfang sein. Wir werden eine Entscheidung in diesem Sinne vorlegen. Wir hoffen, daß Herriot aus seiner in der Kammer dargelegten Stellungnahme gegen den Separatismus auch die praktischen Folgerungen durchzuführen versteht. Bis jetzt scheint sein Arm noch nicht bis in die letzten Amtsstuben des besetzten rheinischen Gebietes zu reichen. De Weg soll erst neuerdings in der Pfalz wieder mit den Separatisten Fühlung genommen haben. (Hört! hört!) Zu einer Trugpolitik fehlen uns die Mittel, daher müssen wir auf dem Wege von Verhandlungen vorwärtskommen, nicht in schwächlichem Pazifismus, sondern in ehrlichem Verständigungswillen. Dann werden wir endlich erreichen ein befreites Europa und ein befreites Deutschland. (Lebhafte Beifall i. Z.)

Abg. Frau Gohlle (Rath Fischer, Komm.): Die Sozialdemokratie ist der unbezähle Vorker der deutschen Bourgeoisie. (Zuruf bei den Soz.: „Und Sie sind doch nur Dienstmädchen bei Herrn Heiterkeit.“) In einem Bilde im „Vorwärts“ war die ausgehende Sonne als Dollar dargestellt. (Heiterkeit! Abg. Rath (Komm.) legt die betr. Nummer des „Vorwärts“ auf den Tisch des Hauses.) Alle, die den Dames-Plan als rettendes Programm der Demokratie darstellen, sind Schrittmacher des amerikanischen Kapitalismus. Bezeichnend ist, daß Herr Macdonald seinen Gästen das Schauspiel einer Flottenparade während der Konferenz geboten hat. Auch die Sozialdemokraten dürfen trotz ihrer amtlich beschleunigten Altersverkalkung (Große Heiterkeit) in Macdonald nicht den Apostel des Weltfriedens erblicken. Leute, die noch nicht ganz verblödet sind, was man von einem Reichstagsabgeordneten schwer verlangen kann (Große Heiterkeit), sollten doch die wahren Motive Englands aus seinen Verhandlungen mit Rußland erkennen. Die Deutschnationalen wollen mit ihrer Opposition nur materielle Vorteile auf Kosten des arbeitenden Volkes erzielen, und die Sozialdemokraten helfen ihnen dabei. Auf jede deutsche Pension, sei sie groß oder klein, wird in Zukunft der Stempel des Entente-Kommissars gedrückt; schon an diesem Bröckchen kann die deutsche Arbeiterklasse erkennen, wie es mit der Selbstständigkeit der deutschen Finanzverwaltung bestellt ist. Ebenso ist es vorbei mit der Selbstständigkeit der deutschen Eisenbahnen. Die deutsche Industrie wird völlig überfremdet; daran kann alle Schönsfärberei des Herrn Luther nichts ändern. Deutschland wird eine Entente-Kolonie, in der die deutsche Arbeitskraft möglichst billig verschleudert wird. Dabei soll dieselbe Arbeiterkraft, die dieser beispiellosen Ausbeutung unterworfen wird, die neuen ungläublichen Steuerlasten aufbringen! Die SPD. wagt hier im Hause eine unwürdige Komödie aufzuführen. Von ihr hängt es ab, ob die Regierung die Zweidrittelmehrheit bekommt oder nicht; sie stelle doch an die Regierung ihre Bedingungen, sie verlange z. B. den Achtstundentag und sie hat die durchschlagende Wohlparole! Die Bourgeoisie spielt mit verteilten Rollen, die SPD. ist dabei ihr Helfershelfer. Es gibt für Deutschland keinen Ausweg, als das Bündnis, die Koalition mit Rußland. (Lachen.) Rationalisierung, Sozialisierung der Banken und der Industrie, das ist das wahre Sachverständigen-Gutachten zur Befriedigung der Welt. Der Bürgerblod möge ruhig kommen, wir fürchten ihn nicht. Fort mit dem Londoner Protokoll! (Stürmischer Beifall und andauerndes Händeklatschen b. d. Komm.)

Abg. Dr. Curtius (Dp.): Wir sind einmütig der Auffassung, daß eine Ablehnung der Regierungsvoorlagen unmöglich ist, und werden einstimmig die Gehehe annehmen. Allerdings erfüllt die Kontrolle der Entente unser Volk mit Bitterkeit. Aber die Reichsregierung hat keine andere Stellung einnehmen können. Wir betonen dem Ausland gegenüber, daß London

kein Abschluß sein kann. Es ist der Delegation nicht nur gelungen, die Räumungsfrage auf die Tagesordnung der Konferenz zu legen, sondern sogar sie zum Hauptpunkt zu machen. Das Ergebnis ist allerdings auch nach unserer Auffassung dürftig. Unbefriedigt sind wir vor allem, weil die Räumung erst nach Jahresfrist geschieht. Aber wenigstens hat Herriot immer wieder erklärt, daß alle Fristen nur Maximalfristen sind. In der Frage der Räumung der Kölner Zone ist die Regierung nicht ein Mittelglied von ihrem Recht abgewichen. Auch in dieser Frage ging Herrig Kritik weit über das zutreffende Maß hinaus. Die Politik der Deutschnationalen lehnen wir ab. Die Delegation hat durchaus ihren Mann gestanden. (Beifall.) Die Regierung hat sich beim Eisenbahngesetz auf die Zweidrittelmehrheit festgelegt. Kommt sie nicht zustande, so wird die Reparationskommission erklären, daß das Gutachten nicht in Kraft gesetzt werden könne und die Fristen noch nicht laufen. Ein Volksentscheid kommt nicht in Frage. Einen Wahlkampf nach Auflösung des Reichstags haben wir nicht zu fürchten. Aber leider wird die Auflösung von den Sozialdemokraten aus parteipolitischen Gründen betrieben. (Sehr richtig! rechts.) Jedenfalls ist es auch noch sehr zweifelhaft, ob die Neuwahl die erforderliche Mehrheit bringt. Man dürfe nur ablehnen, wenn nicht die Mehrheit des Volkes dafür ist. Dann aber müßte man auch einen besseren Weg zeigen. Da hat aber die Opposition völlig versagt.

Außerdem haben wir das größte Interesse daran, daß nicht auch dieser Riß durch das Bürgertum geht.

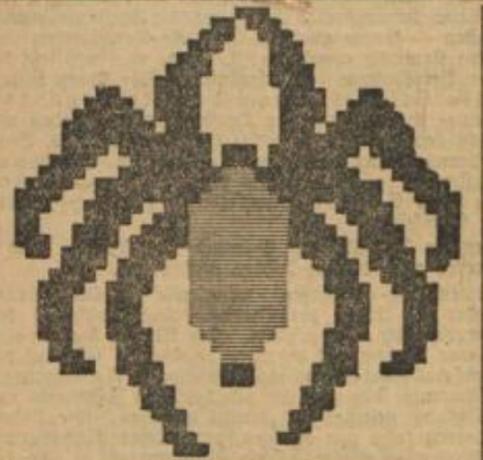
Die Räumung von Offenburg und Appenweier ist nur ein Anfang. Auch Dortmund und Hörde sind nur ein Teil des Ruhrgebietes, aber ihre Räumung ist doch nicht nur eine Geste, denn dort residieren Jeden und Werte, an denen die französische Schwerindustrie das lebhafteste Interesse hat. Was an Erfolgen errungen wurde, ist aber nur dem jähen Ausschalten der treuen deutschen Männer der Roten Erde zu danken. (Lebh. Beifall i. d. Mitte.) Wir haben die Pflicht, die Reparationsprovinz zu befreien und ganz Deutschland dafür einleihen zu lassen. Dann werden wir gerade im Sinne Stürms als freie Männer dastehen. Und damit werden wir uns erst die Freiheit und den Rhein wiedergewinnen. (Beifall bei der D. Pp.)

Abg. Wulle (Ratsoz.) Charakterisierte das Londoner Abkommen als ein zweites Versailles, das unbedingt abgelehnt werden müsse.

Auch der Reichstagsler gehört jetzt zu den Leuten, die sagen: Zurück zum Versailler Vertrag! (Abg. Hildenbrand (Soz.): Das ist Demagogie!) Daß man unter das Dames-Gutachten freiwillig eine Unterfrist gesetzt hat, ist geradezu vortadelnswürdiger. Wir verbitten uns, und ich verbitte mir mit aller Energie die Unterstellung, als hätten wir dem Rheinlande gegenüber nicht daselbst Verantwortungsgelübte. Wenn der Herr Reichstagsler in London gefagt hat, er sei kein Diplomat, wo war dann da Herr Dr. Stresemann? Die Reden Dr. Stresemanns sind immer schwarz-schwarz, seine Taten sind immer schwarz-großgold. Seine Politik ist geradezu verhängnisvoll, wir müssen sie mit allen Mitteln bekämpfen.

Die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft ist im Auswärtigen Ausschuss Klipp und Klar zugegeben worden. Alles ist preisgegeben worden. Der Kommissar für den Haushalt ist eigentlich der ungetrübte König Deutschlands. Alles haben Sie hingeggeben für ein lockes Versprechen. Sie haben in die Verpfändung der Industrie gewilligt. Auch die Landwirtschaft darf nicht glauben, daß sie vor einer Verpfändung sicher ist. In dem Angebot der Regierung Cuno sehen einzig und allein meine Freunde v. Groefe und Henning und ich den Anfang vom Ende. Aber dies Angebot war doch noch etwas ganz anderes. Daß das Manifeft ein verfassung-änderndes Gesetz ist, daran ist gar kein Zweifel. Ich hoffe, daß auch die Deutsche Volkspartei diesen Standpunkt verteidigen wird. Weil die Ludenschaft eben den Krieg angefangen hat, darum darf die Schuldbilge nicht aufgerollt werden, darum muß Deutschland weiter in seinem Elend bleiben. Wir lehnen das Gutachten ab. (Lebh. Heil-Rufe b. d. Ratsoz.)

(Schluß des Berichts im Hauptblatt.)



Jahresschau Deutscher Arbeit
TEXTIL
AUSSTELLUNG
Juni 1925
Dresden 1925

Für Mäwelfabriken, Baugeschäfte, Tischlereien usw.
Empfehlen vom Sagerplatz
Berlin N, Scharnhorststr. 20:
Trockene Stamm- und Zopfbretter
in allen Stärken,
Kistenbretter, Rüstbretter, Rüststangen usw.
Kurt Ehrlich & Co., G. m. b. H.
Telephon: Norden 6774.

Eiserne Kochherde
für Kohle u. Gas
Transportable Kochöfen - Eiserne Öfen
R. Zechlin
Berlin C. 25, Alexanderpl. 49

BEINKRANKE!
Offene Beine, Krampfadern und Geschwüre aller Art heile ich unter Garantie, ohne operativen Eingriff und Berührung.
Die Schmerzen schwinden schon nach der ersten Behandlung, die kostlos erfolgt.
Behandlung in und außer dem Hause.
Heil-Institut H. A. Müller, Berlin SW 63, Aragrabenstraße 83 v. l.
Sprechzeit 9-12 und 2-7.



Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
OHNE CHLOR.

Radio-
Zubehörtelle kauft man am billigsten
bei **Harendt, Weidenweg 38**
(Baltensplatz)
D.-Kopfhörer 4000 Ohm . . . 6.50
Apparate mit Detektor . . . 4.25
Schlebespulen . . . 0.95

Sternzwirne, Halb- und Zwifft
Sofortfertig, Gummiwand, Rösche, Zentel
u. f. Auswaren, weit unter Tagespreis
Gäusler, Deuthstraße 15, Berlin 6380

Metalbetten
Stahlmatratze, Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frol. Eisenmöbelfabr. Subl. Thür.

Für Hände und Haushalt.
Entfernt Fett, Farbe, Teer, Rost, Tinte und Fruchtflecke
Reinigt rasch und gründlich schmutzige Hände.
BESSER ALS JEDE SEIFE
KOKONA
REINIGER
Antiseptisch! Greift die Haut nicht an! Säurefrei!
Herstellerin: **Meisenwerk G. m. b. H., Berlin**
Magdeburger Str. 6, Fernspr.: Kurfürst 6366
Thiemendorf (Kreis Krossen), Fernspr. Nr. 10

Am Sonnabend, früh 7 1/2 Uhr, entfährt sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leben mein innigster lieber Mann, des Gewerkschaftsangehöriger
Karl Weitzel
im vollendeten 53. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Frau Johanna Weitzel
Jahren-Reuendorf, 23. August 1924
Oranienburger Str. 118
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 27. August, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.

Todesanzeige
Am 23. 8. M. verstarb nach langem, schwerem Leben unser Kollege
Karl Weitzel
Einer ausdauernden Tätigkeit für die Interessen der Klempnerbewegung werden wir stets gedenken.
Die Branchenleitung der Klempner im Deutschen Metallarbeiterverband.
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 27. 8. M., nachm. 4 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. — Ortsverwaltung Berlin.
Infolge einer Operation verschied plötzlich Frau
Berta Baum
Stallschreiberstr. 47

Sie hat lange Jahre in selbstloser Weise für unsere Organisation gewirkt. Die Organisation ist ihr zu großem Danke verpflichtet und wird ihr Andenken stets in Ehren halten.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 28. August, nachm. 1 1/2 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten. Die Ortsverwaltung.

Ich verschenke
an meine Kunden in den Monaten August bis Dezember
Speise- u. Schlafzimmer, Küche usw.
Diese Gegenstände sind bei der Firma **FECHNER & FREIDEL**, Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2, ausgestellt. Keine Einsendung irgendeines Betrages erforderlich. Kein Preisauflschlag. Bedingungen unverbindlich im Laden.
Trauringe
1 Ring 900 Dukaten gold von M. 500 an
1 Ring 585 gestemp. von . . M. 400 an
1 Ring 333 gestemp. von . . M. 250 an
H. Wiese, Juwelier
Berlin N., Artilleierstr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12
Preisliste gratis

Unserem Genossen, Stadtrat
Wilhelm Ahrens
und seiner Gattin zum heutigen Ehren tag ihre Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Paroliolen, 4. 7. Kreis, Charité, 3. 11. Der Arbeitsrat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Mittwoch, den 27. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Verbundshaus (Jugendplatz), Cilenstr. 83-85:

Bersammlung
aller im Deutscher- und Vorkriegsmaschinenbau beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.
Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage und der Zusammenbruch der Arbeitgeber. 2. Sind unsere bestehenden Forderungen noch zeitgemäß? 3. Beschließens. 4. Erheben aller im Maschinenbau Beschäftigten ist Pflicht.

Donnerstag, den 28. August, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbundshaus, Cilenstr. 83-85:
Branchenversammlung
aller Elektromonteur und Heiler Groß-Berlins.

Tagesordnung: 1. Die deutsche Wirtschaft und die Aufgaben der Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse und Branchenanträge. 4. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

nach Gebrauch von Reichel's Wundenmittel, "Radikal", der Wunden rasch heilt. Eine Flüssigkeit, die eine für Wunden absolut wirksame Gasart erzeugt und in die porgerüsteten Gassen, hinter Zapfen u. einbringt, mit vorstehender Röhre aus die sonst nicht erreichbaren Brunnentellen heilt. Gebote II M. 0.75, Gr. III M. 1.40, Gr. IV M. 2.50, 1/2 Gr. M. 0.50.
Otto Reichel, Berlin 48, SO. Hohenstraße 4. Erhältlich in Drogerien, aber nicht nur mit der berühmten Marke!

Tod und Teufel